

KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT 2016



2014
2015
2016
2017
2018

Der „Kommunale Zukunftsbericht“ ist eine Publikation des Österreichischen Gemeindebundes, die jährlich erscheint.

Er ist ein offener publizistischer Think-Tank, in dem Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen über Zukunftsfragen für Gemeinden nachdenken. Kontroverse Meinungen und Beiträge sind dabei erwünscht, nicht jeder Beitrag entspricht der Meinung oder Position des Österreichischen Gemeindebundes.

Dieser Bericht hat eine Auflage von rund 6.000 Exemplaren. Er ergeht an alle Bürgermeister/innen sowie zahlreiche Meinungsträger/innen und –bildner/innen in unserem Land.

Titelbild: Stadt Weitra im Jahr 1934 und heute
Alte Ansicht: http://data.onb.ac.at/AKON/AK075_424
Neue Ansicht: Ernest Zederbauer

<i>Helmut Mödlhammer</i>	Zusammen sind wir mehr!	3
<i>Walter Leiss</i>	Wahlrecht Nur Vorwärtsdenken bringt uns weiter	11
<i>Christina Pausackl</i>	Bürgermeister/innen Die neue Generation	16
<i>Gerd Landsberg</i>	Integration von Flüchtlingen Eine Herkulesaufgabe	25
<i>Elisabeth Köstinger</i>	Von der richtigen Dosis Auf dem Weg zu einem überzeugenden Europa	35
<i>Karin Gastinger</i>	Wie Gemeindekooperationen besser gelingen	43
<i>Franz Fischler</i>	Schreiben wir gemeinsam neue Spielregeln für Europa!	53
<i>Mirjam Dondi</i>	Europa am Leben erhalten	59
<i>Ulrike Böker</i>	Heldinnen des Alltags an die Macht!	67
<i>Carina Rumpold Daniel Kosak</i>	Bürgermeisterin Viel Arbeit, wenig soziale Absicherung	75
	Was Sie über Österreichs Gemeinden wissen müssen	83
	Der Österreichische Gemeindebund	87



Helmut Mödlhammer
Präsident
Österreichischer Gemeindebund

ZUSAMMEN SIND WIR MEHR!

Plädoyers für mehr „Miteinander“ sind schon viele geschrieben worden. In vielen unserer Zukunftsberichte und Veranstaltungen haben wir das thematisiert. Auch die „Kommunalen Sommergespräche 2016“ in Bad Aussee standen unter diesem Überbegriff. Das ist kein Zufall, sondern Teil einer richtigen, vor allem aber notwendigen Entwicklung.

Was meine ich damit? Und inwiefern unterscheidet sich die heutige Notwendigkeit der Zusammenarbeit von der Vergangenheit? Es wird ja schon auf vielen Ebenen der Kommunalpolitik zusammengearbeitet, zum Teil schon seit Jahrzehnten, wenn man die Geschichte von Gemeindeverbänden oder –kooperationen betrachtet. All diese Modelle sind erfolgreich, sie erfüllen ihren Zweck und stellen wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge sicher, egal ob es um Kanal, Wasser, Schulverbände oder Leader-Regionen geht.

Doch in diesem Beitrag schreibe ich von etwas anderem, von Formen der Zusammenarbeit, die sich nicht mehr nur über erprobte operative Instrumente abwickeln lassen. Wir leben in einer Zeit des Strukturwandels. Viele vermutete „Wahrheiten“ der letzten Jahrzehnte haben sich verändert, weil sich Dinge überhaupt viel schneller verändern und entwickeln, als wir uns das jemals hätten vorstellen können. Das schafft Unsicherheit bei vielen Menschen. Und es sorgt für Misstrauen gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Eliten. Jene von uns, die sich täglich oder sogar mehrmals täglich in sozialen Netzwerken bewegen, wissen das. Einer Empörung folgt die nächste, man hat den Eindruck, als würde ständig etwas passieren, die Timeline ist voll von mehr oder weniger relevanten Ereignissen. Das führt fast zwangsläufig dazu, dass man immer im Alarmmodus ist, immer Angst hat etwas zu verpassen, das Gefühl hat, als würden sich die Neuig-

keiten nur so überschlagen. Ein Irrglaube, wie wir wissen. Und dieser Illusion trotzdem oft erliegen.

Und selbst wenn wir wissen, dass wir bewusst und auch unbewusst manipuliert werden, das Misstrauen bleibt bei vielen Menschen. Die Folge sind erodierende Parteiensysteme, Skepsis gegenüber vielen Organisationsformen, dazu zählen leider auch Vereine und Einrichtungen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar sind. Dazu trägt auch ein weiterer wichtiger Aspekt leider viel zu viel bei: Die zunehmende Verrechtlichung wichtiger Lebensbereiche, eine Regelungswut der öffentlichen Hand und Gesetzgeber, die Engagement behindern anstatt es zu fördern. Würde jeder Vereinsobmann im Detail wissen, wofür er im schlechtesten Fall haftet und verantwortlich ist, wir würden blitzartig vor einem personellen Kahlschlag in der ehrenamtlichen Arbeit stehen,



ZUSAMMEN SIND WIR MEHR!

denn diese Verantwortung würde sich kaum jemand freiwillig auf-laden wollen.

Dieser Befund klingt durchwegs negativ und wenig hoffnungsvoll. Ich bin aber der Meinung, dass man Problemfelder schonungslos und offen benennen muss, das ist die Grundlage dafür, um eine sinnvolle Veränderung herbeizuführen.

Klar ist nämlich: Wir brauchen bewährte, aber auch neue Formen der Zusammenarbeit mehr denn je. Es gibt eine große Sehnsucht nach der „Gemeinsamkeit“, nicht nur in gesellschaftlicher Hinsicht, nicht nur im privaten Umfeld, sondern vor allem auch in der Politik, dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, die unser tägliches Leben prägen. Soziale Netzwerke tragen dieses Bedürfnis ja als Fundament ihrer Existenz ebenfalls in sich. Der Sinn von Facebook, Twitter oder Instagram ist ja, dass Menschen sich untereinander vernetzen, Erfahrungen

austauschen, Lebensgefühle teilen und sich füreinander interessieren. Dass diese Welt auch eine hässliche Fratze hat, nämlich zum Teil auch Hasspostings, Mobbing und Beleidigungen, ist aber ebenfalls ein Faktum, das wir nie ausblenden dürfen. Soziale Medien sind oft das Gegenteil von sozial, es liegt immer an den Nutzern, wie sie genutzt, verwendet oder missbraucht werden.

Doch auch „im echten Leben“ nimmt der Wunsch nach den guten Dingen, die eine Gemeinschaft bieten kann, zu. Wer als Gemeindeverantwortlicher, egal ob als Bürgermeister/in oder als Gemeinderät/in den Menschen in ihrem Umfeld zuhört und sie auf ihre wichtigsten Bedürfnisse anspricht, der wird oft hören: „Es ist mehr Gemeinschaft, die wir uns wünschen, mehr Zusammenhalt.“ Es ist ein nicht immer klar definierbares Bedürfnis, das die Menschen hier ansprechen, am ehesten noch eine Sehnsucht nach der

Geborgenheit, die vor allem kleine und überschaubare Einheiten bieten sollen. Denn die klassischen Strukturen behagt den Menschen oft nicht mehr. Vereinsstrukturen und –funktionen üben kaum noch einen Reiz aus. Parteiorganisationen schon gar nicht.

Und doch stimme ich vielen Experten zu, wenn sie sagen: Der Leitsatz „Zusammen sind wir mehr“ ist zugleich eine der wichtigen Zukunftshoffnungen und –fragen. In den Gemeinden ist das in vielen Bereichen schon erkannt und weitgehend verinnerlicht worden. Ich kann das aus reinem Herzen am Beispiel jener Ebenen erklären, in denen ich mich bewege. So ist die Zusammenarbeit in der Gemeindepolitik immer noch am pragmatischsten. Kein Bürgermeister, keine Bürgermeisterin, könnte sich einen täglichen Polit-Hickhack leisten, wie er auf anderen politischen Ebenen inzwischen leider zur Tagesordnung zählt. An der Kommunal-



ZUSAMMEN SIND WIR MEHR!

politik schätzen die Menschen einerseits die Unmittelbarkeit, in der sich Entscheidungen auswirken. Andererseits aber auch den viel stärker ausgeprägten Willen, gemeinsam Dinge erreichen zu wollen.

Trotzdem sage ich auch für die kommunale Ebene: Hier ist der Plafond bei weitem noch nicht erreicht. Ganz im Gegenteil. Wir haben bei den Sommergesprächen in Bad Aussee sehr ausführlich und anhand konkreter Beispiele diskutiert, in welchen Bereichen und Formen wir noch mehr und vor allem neue Kooperationsformen brauchen. Viele Anforderungen, denen wir uns heute zu stellen haben, sind wesentlich kurzlebiger und flexibler, als wir es in den letzten Jahrzehnten gewohnt waren. Daher müssen sich auch die Strukturen mitändern. Eine Verbandsstruktur etwa sollte nicht mehr nur für einen Zweck da sein dürfen. Unter dem Dach einer gut organisierten Einheit sollten viele verschiedene Bedürfnisse

erledigt werden können. Manche davon sind langfristig notwendig – wie etwa die Kleinkindbetreuung oder auch Pflegeaufgaben, Besuchsdienste, usw.. Andere sind nur temporär nötig, weil es vielleicht nur um ein Projekt geht, das erledigt werden soll und das nach dem Abschluss keine weitere Struktur mehr erfordert. Oder auch im Bereich der Flüchtlingsbetreuung sind flexible Formen der Zusammenarbeit nötig. Diese Aufgabe wird uns mit Sicherheit noch einige Jahre sehr fordern, trotzdem brauchen wir dafür keine Organisationsformen, die auf Jahrzehnte ausgelegt sind.

Die Grundvoraussetzung für die Renaissance partnerschaftlicher Zusammenarbeit besteht - meiner Ansicht nach - u.a. aus zwei wichtigen Eckpfeilern:

1. Der Entideologisierung politischer Entscheidungen.
2. Einer Rückbesinnung des Gesetzgebers auf das Wesentliche.

Beide Punkte will ich in aller gebotenen Kürze erklären.

Zu meinem ersten Punkt: Wer sieht, in welcher Art und Weise in den letzten Jahren auf Bundesebene Politik gemacht wird, wie tief da die so genannten „Hackln“ teilweise fliegen, der kann sich nicht darüber wundern, dass sich Menschen entsetzt und demotiviert von den politischen Eliten abwenden. Und ja, als langjährig politisch tätiger Mensch ist mir die Versuchung, erst einmal auf den politischen Mitbewerber hinzuhaufen, nicht unbekannt. Das ist ein Reflex, dem man sehr bewusst immer wieder widerstehen muss. Nicht, um jemanden zu schonen. Sondern um eine sachliche Lösung weiterhin zu ermöglichen. Denn Zusammenarbeit – gerade in der Politik – ist nicht immer einfach. Sie bringt auch Probleme mit sich, die man nicht hätte, wenn man allein entscheiden könnte. Doch das kann man selten. Daher gilt hier das berühmte TINA-Prinzip



Rastenberg

ZUSAMMEN SIND WIR MEHR!

von Margaret Thatcher „There is no alternative“.

Zum zweiten Punkt: Die Überregulierung durch Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebenen ist eine der größten Problematiken der letzten beiden Jahrzehnte. Die Regelungswut geht oft bis ins letzte Detail und lässt Praktiker und Entscheidungsträger auf den unteren Ebenen verzweifeln. Der Wunsch, dass man sämtliche Materien bis in die kleinste Kleinigkeit regeln will, entspringt dem Bedürfnis nach möglichst großer Rechtssicherheit. Damit verlagert man aber zunehmend die Interpretation und Auslegung politischer Entscheidungen an die Gerichte. Das kann eigentlich niemand wollen. Dennoch nimmt dieses Phänomen stetig zu. Bauordnungen werden aufgeblasen statt entrümpelt. Die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Gemeinde ist zu einem bürokratischen Spießbrutenlauf geworden, zuletzt haben wir das bei der gemeinnützigen Beschäftigung von Menschen

erfahren müssen. Die Hürden sind so hoch, der Aufwand so groß, dass viele Gemeinden aus diesem Grund darauf verzichten, Flüchtlinge für solche Tätigkeiten heranzuziehen. Die Lösung wäre: Weniger regeln und mehr auf den Hausverstand jener Ebenen zu setzen, die unmittelbar mit diesen Materien befasst sind. In vielen Fällen sind das die Gemeinden.

Doch nicht nur zwischen politischen Ebenen, Parteien, Interessensgruppen oder Verbänden ist deutlich mehr Zusammenarbeit notwendig. Wir brauchen auch wieder die stärkere Kooperation mit den Bürger/innen selbst. Das Gefühl von „wir da unten können ohnehin nicht mehr mitbestimmen, was die da oben machen“ ist eine sichtbare Entwicklung, ein Phänomen, das in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Und das ist keine Folge einer Politikmüdigkeit, es ist eine Folge der Parteienmüdigkeit und eine Ablehnung der Art und Weise, wie Streithansln

miteinander umgehen. Dieses Gefühl der zwei Welten, des nicht eingebunden seins, das wird zu einer Gefahr für unsere demokratischen Institutionen. Denn dort, wo Menschen sich von der Politik abwenden, dort ergreifen sie auch die minimale Möglichkeit der Teilhabe, nämlich die Ausübung des Wahlrechts, nicht mehr.

Was ist nun ein mögliches Fazit, welchen Ausweg gibt es aus den zum Teil auseinanderklaffenden Bedürfnissen einerseits und dieser gesellschaftspolitischen Handlungsweisen andererseits?

Erstens: Die Grundfrage sollte immer lauten: Können wir eine Aufgabe zusammen in besserer Qualität oder effizienter erledigen, als wenn wir es alleine versuchen. Gibt es wirklich Dinge, die wir alleine besser wissen, als wenn wir andere Standpunkte dazu einholen?

Zweitens: Ideologie ist nicht sinnlos. In pragmatischen Fragestellungen ist sie in der Regel aber nicht notwendig und sollte keine Entscheidungsgrundlage sein.

Drittens: Zusammenarbeit ist immer mühsamer und aufwändiger als alleinige Entscheidungen. Sie führt aber zu besseren und vor allem nachhaltigeren Ergebnissen.

Viertens: Zusammenarbeit braucht viel Zeit, viel Hirnschmalz und viel Geduld. Manchmal muss man dabei auch einen Schritt zurückgehen, um danach vorwärts kommen zu können.

Fünftens: Struktur folgt Aufgabe. Erst wenn klar ist, was genau erledigt werden soll, dann kann man die dafür notwendige Struktur schaffen oder eine bestehende nutzen. Für die Politik heißt das: Aufgabenreform mit klarer Zuteilung von Zuständigkeiten. Schluss mit dem Kompetenz-Wirrwarr, in dem alle

Ebenen mitreden wollen, aber niemand die Verantwortung trägt.

Sechstens: Kooperation mit den Bürger/innen suchen. So viel Mitsprache wie möglich und wie nötig. Nur wenn Menschen in Entscheidungen eingebunden sind, werden sie diese Entscheidungen auch mittragen.

Siebtens: Zugeben, dass man sich nicht überall auskennen kann und die Unterstützung von Experten und Praktikern suchen. Entscheidungsprozesse ehrlich und mit offenem Ausgang angehen.

Achtens: Entscheidungen treffen, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen. Das heißt, dass wir manchmal schneller vom Reden ins Tun kommen müssen.

Neuntens: Entscheidungen, getroffene Maßnahmen und ihre Folgen später auch evaluieren. Das ist unerlässlich, um aus etwaigen Fehlern auch

die richtigen Schlüsse und Lerneffekte ziehen zu können. Aus Fehlern zu lernen und das eigene Handeln zu reflektieren ist keine Schwäche, sondern ein Fortschritt.

Einen zehnten Punkt gibt es in diesem Fall nicht. Noch nicht. Aber jeder kann diese Gedanken aufzählung nach Belieben fortführen. Ich persönlich glaube, dass Zusammenarbeit trotz aller Hürden zu besseren und tragfähigeren Ergebnissen führt. Und ich wünsche mir, dass wir in den Gemeinden auch weiterhin die Vorreiter dafür sind. Damit andere Ebenen vielleicht auch in dieser Hinsicht von uns lernen und profitieren können.

Helmut Mödlhammer, 64, ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes. Er war 28 Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Hallwang.



Walter Leiss
Generalsekretär
Österreichischer Gemeindebund

WAHLRECHT NUR VORWÄRTSDENKEN BRINGT UNS WEITER

Es ist wichtig, sich zu Wort zu melden, wenn das zentralste demokratische Recht auf dem Prüfstand steht. Die Aufhebung der Stichwahl hat nicht nur zu einer gewissen Wahlverdrossenheit geführt, sondern auch zahlreiche Meinungen provoziert, die von der Abschaffung des Bundespräsidenten bis hin zur Einschränkung der Briefwahlmöglichkeit reichen.

Was viele heute nicht mehr zu schätzen wissen, haben sich unsere Vorfahren hart erkämpft. Ein Blick auf die Einführung des Frauenwahlrechts zeigt, wie jung dieses Recht selbst für die Bürgerinnen europäischer Staaten ist. In Österreich sind Frauen noch nicht einmal hundert Jahre an diesem grundlegenden demokratischen Prozess beteiligt. Sie erhielten erst 1918 das Wahlrecht. Finnland war 1906 das erste Land, gefolgt von Dänemark 1908 und Norwegen 1913. Noch jünger ist dieses Recht für französische Frauen. Sie durften erst 1945 zur Wahl-

urne schreiten. In der Schweiz, die in vielen anderen Belangen als Vorbild für Partizipation gilt, hatten Frauen erst 1971 Zugang zum Allgemeinen Wahlrecht. Also noch nicht einmal 50 Jahre. Welch wertvolles Gut das Wahlrecht ist, wird uns vor allem auch in jenen Ländern vor Augen geführt, in denen Demokratie nicht zur Selbstverständlichkeit gehört. Man erinnere sich nur an die langen Warteschlangen vor Wahllokalen in Tunesien im Oktober 2011.

160 Prozent mehr Briefwähler seit 2004

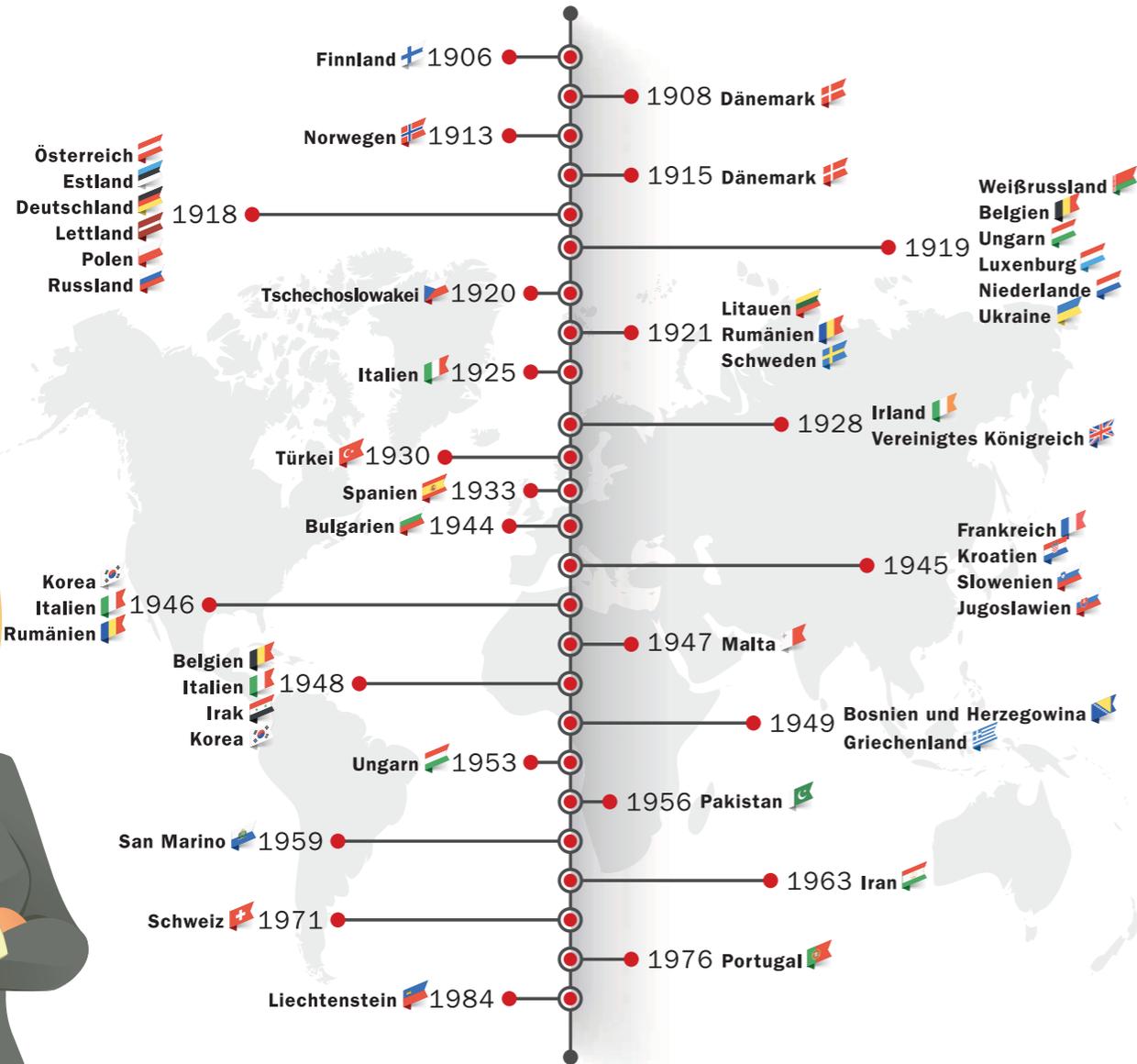
Während man der Bevölkerung ins Bewusstsein rufen muss, wie wertvoll und wichtig dieses Recht für jeden Einzelnen ist, muss man gleichzeitig auch darauf achten, dass es den Anforderungen der Gesellschaft entspricht. 1918 war die Bevölkerung viel weniger mobil als heute. Es ist also klar, dass wir ein Wahlrecht brauchen, das den Wählerinnen und Wählern mehr

Unabhängigkeit vom eigentlichen Wahlort ermöglicht. Deswegen wurde vor einigen Jahren die Option, per Brief zu wählen, eingeführt. Nun, nach der Aufhebung der Stichwahl zu fordern, die Möglichkeit für die Briefwahl nur auf Auslandsösterreicher zu beschränken, wäre eindeutig der falsche Weg. Das unterstreicht auch die Beliebtheit: Nutzen bei der vorletzten Bundespräsidentenwahl 2004 noch 340.977 Österreicher/innen die Briefwahl, waren es bei der letzten Stichwahl am 22. Mai 2016 schon 885.437 Wählerinnen und Wähler. Das entspricht einer Steigerung von 160 Prozent.

Dass die Wahl aufgehoben wurde, liegt nicht daran, dass die Briefwahl an und für sich ein schlechtes Instrument ist, sondern vielmehr daran, dass die Gesetze zur Durchführung und Auszählung nicht zeitgemäß sind. Es gilt jetzt, rasch die Briefwahlbestimmungen so zu adaptieren, dass auch auf Bundesebene Wahlen ordnungs-

FRAUENWAHLRECHT

Einführung des Frauenwahlrechts



Quelle: www.univie.ac.at

WAHLRECHT NUR VORWÄRTSDENKEN BRINGT UNS WEITER

gemäß durchgeführt werden können. Ein notwendiger erster Schritt ist die Einführung eines zentralen Wählerregisters.

Der Bund kann sich bei der Adaptierung der Wahlbestimmungen aber auch an den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich orientieren. Hier werden die Briefwahlkarten nicht in der Bezirkswahlbehörde gesammelt und ausgezählt, sondern in den zuständigen Gemeinden. Und auch nicht am Tag nach der Wahl, sondern am Tag der Wahl. Das erspart Probleme bei der Suche nach Wahlbeisitzern für den nächsten Tag und bringt zudem ein Ergebnis bereits am Wahlabend. Dieses gut erprobte System sollte man auch für Nationalratswahlen einführen und gleichzeitig die Abgabe in fremden Sprengeln abschaffen. Denn dadurch wurde die Auszählung in der Bezirkswahlbehörde erst nötig. (Es braucht keine anders gefärbten Kuverts mehr, da nur mehr die sprengeligen Wahlkarten,

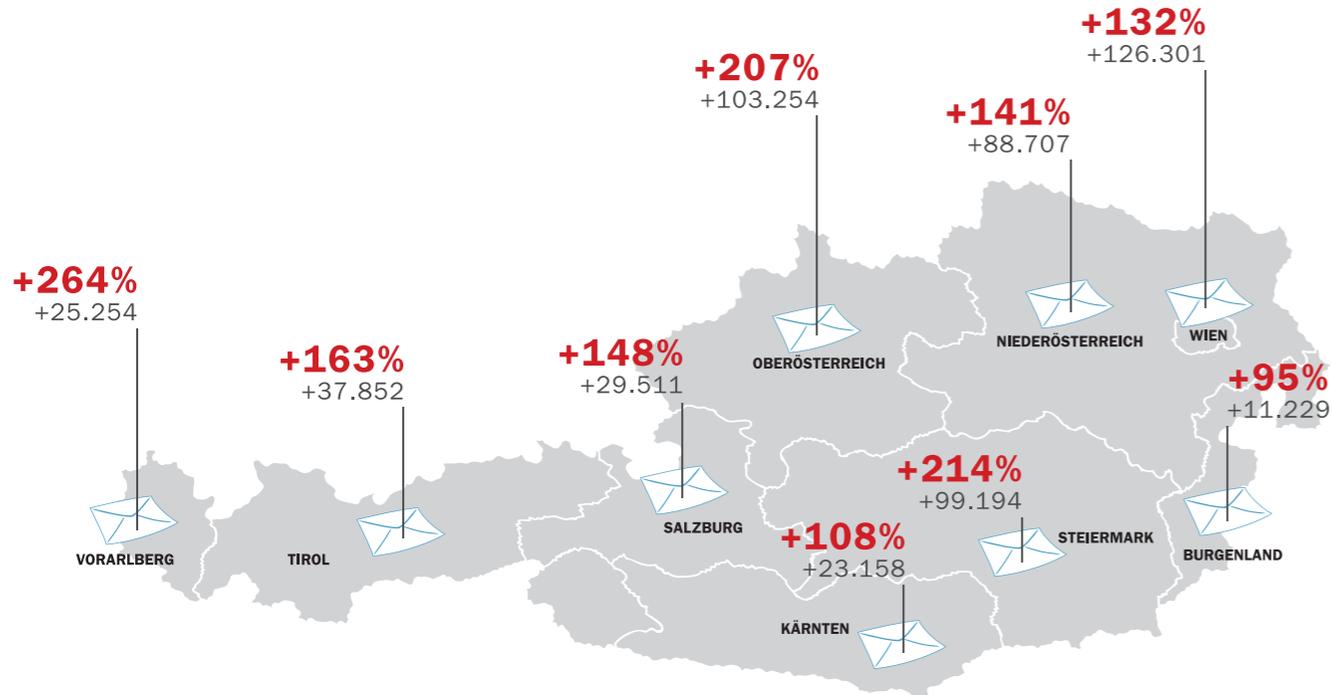
die bis zum Wahltag eingetrudelt sind, mitgezählt werden.) Durch Abschaffung der Montagsauszählung ergibt sich eine wesentliche Erleichterung für alle Wahlbeisitzer. Diesen, in vielen Bundesländern für die sprichwörtliche Wurstsemmel ausgeübten Funktionen, sollte man aber darüber hinaus mehr Wertschätzung zukommen lassen. Es braucht eine österreichweit bessere Abgeltung und eine rechtliche Absicherung. Es kann nicht sein, dass diese bei strukturellen Problemen in den Bezirkswahlbehörden, wo Juristen am Werk sind, am Ende den Kopf für die juristische Verfolgung erhalten müssen. Freiwillige Schulungen, die von der jeweiligen Ebene, für die gewählt wird, zur Verfügung gestellt werden, oder das verstärkte In-die-Pflicht-Nehmen der Parteien sind als Verbesserung des Systems durchaus vorstellbar.

Nach akuter Mängelbeseitigung in die Zukunft denken

Über die akuten Korrekturmaßnahmen hinaus muss jedoch der 2014 gestartete Denkprozess über eine Attraktivierung und Modernisierung der Wahl diskutiert werden. In Zeiten, in denen wir unseren Pass online beantragen können, ja, selbst die Wahlkarte oder die Steuererklärung, ist es immer noch nicht möglich, per Knopfdruck zu wählen. Warum haben wir nicht den Mut auch in diese Richtung vorwärts zu denken? In den nordischen Staaten wie Finnland gehört dies längst zum demokratischen Werkzeugkoffer. Sich in dieser Frage hinter gesetzlichen Säulen zu verstecken, ist ein Arbeiten gegen die Realität unserer Staatsbürger vor allem im Hinblick auf die Jugend, bei denen es umso wichtiger ist, den Wert der Wahl zu vermitteln. Über die Bundespräsidentenschaftswahl hinaus brauchen wir aber auch eine stärkere Konzentration auf die politischen Persönlichkeiten. Die Bürgermeister-Direktwahl zeigt auf kommunaler Ebene, wie ein

BRIEFWAHLSTIMMEN

Entwicklung der Briefwahlstimmen in Österreich



Steigerung von 2004 auf 2016 (2. Durchgang)

+544.460

+160%

885.437 Briefwähler beim zweiten Durchgang der Bundespräsidentenwahl im Mai 2016

885.437 Briefwähler

beim zweiten Durchgang der Bundespräsidentenwahl im Mai 2016

WAHLRECHT NUR VORWÄRTSDENKEN BRINGT UNS WEITER

derartiges Wahlrecht aussehen könnte. Sie stärkt auch die handelnden Personen und gibt größeren Handlungsspielraum, wenn bewusst ist, wie viele Menschen direkt hinter einem stehen. Der Bürger möchte Persönlichkeiten wählen.

Das System der Vorzugsstimmen ist ein Versuch, mehr in diese Richtung zu gehen. Es wurde jedoch in der Praxis völlig mangelhaft umgesetzt.

Erstens bewirken Vorzugsstimmen in den seltensten Fällen wirklich etwas, zweitens sind die Auszählungs- und Bewertungssysteme für den Bürger so undurchschaubar, dass man es auch gleich hätte lassen können.

Wir brauchen ein System, das durchschaubar und einfach zu verstehen ist, das gleichzeitig aber auch für die durchführenden Ebenen möglichst wenig zusätzlichen Aufwand bedeutet und vielleicht im Hinblick auf

die Einführung der Online-Wahl sogar Kosten senken kann.

Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung in diesem wichtigen Punkt die Aufhebung der Bundespräsidenten-Stichwahl als Anlass nimmt, über das Tagesgeschäft hinauszudenken und es wagt, einen gemeinsamen Entwicklungsprozess zu starten, der am Ende auch in konkreten Taten mündet.

Dr. Walter Leiss, 59,
ist seit 2011 Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.



Elisabeth Feichtinger
Bürgermeisterin

BÜRGERMEISTER/INNEN DIE NEUE GENERATION

Severin Mair und Elisabeth Feichtinger zählen zu den jüngsten BürgermeisterInnen Österreichs. Bei einem gemeinsamen Tischgespräch erzählen die Amtskollegen aus Eferding und Altmünster, was sie antreibt, wie sich ihr Leben seit dem Bürgermeisterdasein verändert hat – und was sie als BürgermeisterInnen verändern wollen.

Als Severin Mair seinen schwarzen Audi vor das holzverkleidete Haus in Neukirchen parkt, erwartet ihn Elisabeth Feichtinger bereits an der Eingangstür. Beide tragen ein breites Lächeln im Gesicht und begrüßen sich herzlich. Feichtinger bittet herein. Am Küchentisch warten Kuchen und Kaffee und Feichtingers Katze Sophie. Nachdem sich Mair hingesetzt hat, legt sie sich sofort auf seinen Schoß. Ihn stört das nicht. Elisabeth Feichtinger und Severin Mair treffen sich an diesem heißen Julitag nicht ohne Grund. Es gibt Vieles, das sie verbindet: Feichtinger, 28 Jahre alt, ist

Bürgermeisterin (SPÖ) von Altmünster. Mair, 23 Jahre alt, Bürgermeister (ÖVP) von Eferding. Beide wurden im Herbst 2015 ins Amt gewählt und zählen seither zu den jüngsten BürgermeisterInnen Österreichs. Beide haben in ihren Gemeinden die politischen Farben gedreht: Sie von Schwarz auf Rot, er von Rot auf Schwarz. Beide haben bei der Wahl eine deutliche Mehrheit erzielt und damit viele BürgerInnen und ParteikollegInnen überrascht.

Feichtinger und Mair sind sich bereits ein paar Mal begegnet. Auf ein längeres Gespräch, treffen sie sich zum ersten Mal. Sie wollen an diesem Tag Erfahrungen austauschen, über das Schöne und das Herausfordernde an ihrem Job reden. Und darüber, was sich verändert hat und was sie verändern wollen. Dass sie verschiedene politische Gesinnungen vertreten, hemmt ihre Offenheit nicht. Beide sind nicht nur neu im Amt – sie sehen sich auch als Vertreter einer neuen

Generation, die sich loslösen will von veralteten Strukturen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen will.

Feichtinger: Ich glaube, dass dabei unser Alter eine große Rolle spielt. Unsere Generation denkt weniger parteipolitisch – und mehr parteiübergreifend. Zusammenarbeit steht im Vordergrund. Severin und ich haben dasselbe Los. Wir sind beide Bürgermeister, müssen uns vielfach mit denselben Themen auseinandersetzen. Der Austausch untereinander ist wahnsinnig wichtig. Und da ist es mir völlig egal, von welcher Partei der- oder diejenige ist.

Mair: In der Kommunalpolitik ist das sowieso anders als etwa auf Bundesebene. Da kennt man sich näher, arbeitet enger und persönlicher zusammen. Ich glaube, dass unsere Generation auch in vielen Punkten pragmatischer und offener an die Dinge herangeht. Wir wollen etwas weiterbringen. Wenn man nur durch

Parteischeuklappen denkt, dann steht einem das im Weg.

Feichtinger: Ich habe sogar mit den drei anderen Bürgermeistern aus der Region Traunsee eine Whatsapp-Gruppe.

Mair: Ich auch mit den Bürgermeistern aus den Umlandgemeinden!

Gelächter am Tisch. Beide bemerken, dass sie auf Facebook noch nicht befreundet sind. Sie greifen zu ihren Smartphones und holen das gleich nach.

Feichtinger: Wir tauschen uns in der Whatsapp-Gruppe Traunsee BGM's regelmäßig aus. Wir sind alle ziemlich neu im Amt, relativ gleich alt, gehen gemeinsam essen, denken über gemeinsame Projekte nach. Wir sind zwei ÖVP- und zwei SPÖ-Bürgermeister und uns verbindet mittlerweile eine echte Freundschaft.

Mair: Durch die Digitalisierung und die Sozialen Netzwerke hat



Severin Mair
Bürgermeister



sich generell vieles verändert. Wir, die damit aufgewachsen sind, sind da sicher offener als ein 70-jähriger Bürgermeister kurz vorm Ruhestand. Für mich ist das auch ein ganz wichtiges Thema: Modernisierung und Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung. Als ich meine Arbeit am Gemeindeamt begonnen habe, bin ich etwas zurückgeworfen worden in die Vergangenheit. In eine Zeit, in der E-Mails noch ausgedruckt und in die Postmappe gelegt werden. [Lacht]

Mair studiert JUS in Wien, seit er Bürgermeister ist, bleibt jedoch nicht mehr viel Zeit für Vorlesungen oder Prüfungsvorbereitung. Feichtinger ist Volks-, u. Sonderschulpädagogin und unterrichtete in einer, für die Dauer ihrer Amtszeit hat sie sich karencieren lassen.

Was bewegt junge Menschen dazu, ihr Leben vollkommen umzukrempeln und sich in den Dienst der Gemeinde zu stellen?

Feichtinger: Für mich war eine bestimmte Sache ausschlaggebend: die Wohnbaupolitik in Altmünster. In den letzten Jahren wurde keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Jungen genommen. Mehr und mehr meiner Freunde sind in die Nachbargemeinden gezogen, weil sie sich in Altmünster keine Wohnung leisten konnten. Irgendwann habe ich mir gedacht: Nur jammern, bringt nichts. Ich muss selbst etwas tun.

Mair: Ich habe mich schon sehr früh für Politik interessiert, habe Tageszeitungen immer Büchern vorgezogen. Auch das JUS-Studium habe ich begonnen, weil es da einen starken Bezug

zur Politik gibt. Irgendwann ist dann die Idee im Freundeskreis entstanden: Engagieren wir uns auch politisch. 2012 haben wir die Junge ÖVP gegründet, dort habe ich den Obmann übernommen. In der Ortspartei war die Stimmung, wie soll ich sagen, nicht besonders positiv. Vor zwölf Jahren hat die ÖVP den Bürgermeister an die SPÖ verloren, dann ist es tendenziell bergab gegangen. Es gab auch keinen Nachwuchs. Wir haben das wiederbelebt.

Und wie kam es zur Bürgermeisterkandidatur?

Mair: Das war auch für mich überraschend. Ich bin im Spätsommer 2014 gefragt worden, ob ich nicht als Bürgermeister kandidieren will. Weil sich keiner gedacht hat, dass

ich wirklich gewinne. [Er lacht] Ich sollte einfach Erfahrung sammeln.

Feichtinger: Ich war bereits fünf Jahre Gemeinderätin, bevor mich mein Vorgänger als Vizebürgermeisterin vorschlug. Er war beruflich sehr eingedeckt und meinte, er könne das Amt nicht mehr im vollem Ausmaß bekleiden. Ohne diese Situation wäre es gar nicht dazu gekommen. Aber ich wollte die Chance ergreifen und so kandidierte ich ein Jahr später als Bürgermeisterin.

Mair: Ich habe lange überlegt, ob ich überhaupt kandidieren soll, mir dann aber gedacht: Was habe ich zu verlieren? Ich kann etwas lernen, es interessiert mich, und: Wenn ich es nicht probiere, dann beiße ich mir später selbst in den Arsch.

Mair und Feichtinger besuchten während ihres Wahlkampfes tausende Haushalte, stellten sich persönlich vor, brachten selbst gebackenen Kuchen und ein Notizbuch mit. Darin hielten sie die Anliegen der BürgerInnen fest und meldeten sich schon ein paar Tage später mit den ersten Vorinformationen zurück.

Feichtinger: Die Leute waren ganz überrascht, dass ich mich wirklich um ihre Anliegen kümmere. Ich glaube, sie haben es geschätzt, dass ich mir die Zeit nehme. Und als wir gemütlich um den Tisch saßen, war ihnen auch die Partei völlig egal.

Mair: Am Anfang war das für mich schon ungewohnt: Ganz alleine hingehen, nachfragen, sich vorstellen. Aber mit jedem Mal ist mir das leichter gefallen.

Nach einer Zeit haben die Leute schon richtig auf meinen Besuch gewartet.

Feichtinger: Heute glauben alle, dass man über Facebook ohnehin die Menschen erreicht. Der persönliche Kontakt ist verloren gegangen. Aber ich glaube: genau das ist das Gewinnbringende. Es gibt kein Rezept für die Eroberung eines Bürgermeistersessels, aber der soziale Aspekt ist sicher wahnsinnig wichtig: Dass man mit den Menschen redet und ihnen in die Augen schaut. Dass man sie ernst nimmt.

Severin Mair hat dem nichts hinzuzufügen. Während er Katze Sophie über das Fell streichelt, nickt er zustimmend.

Feichtinger: Wie war das eigentlich bei dir, Severin, bist



du als Junger gut aufgenommen worden? Für mich war das nicht so einfach. Es gab klar definierte Strukturen. Einige Altgediente in der Partei hatten eine genaue Vorstellung davon, wie man sich einbringen muss, damit man innerhalb der Fraktion seine Stimme erheben darf. Um mitreden zu dürfen. Oder war das bei euch offener?

Mair: Am Anfang gab es auch eine gewisse Skepsis. Zum einen, weil mein Vater bei den Grünen ist...

Feichtinger: [lacht] Oh ja, das glaube ich.

Mair hat vergangenes Jahr nicht nur wegen seines jungen Alters für Aufsehen in Oberösterreich gesorgt. Sein Vater Karl Mair-Kastner ist Grüner

Gemeinderat in Eferding, bei der Bürgermeisterwahl trat er gegen seinen Sohn an.

Mair: Natürlich war das ein Thema, aber das hat sich relativ schnell gelegt. Weil ich mich schon bei der Jungen ÖVP zwei Jahre lang aktiv eingebracht und mich mehr oder weniger bewiesen habe.

Feichtinger: Bei mir kam noch eine andere Sache dazu: eine Frau. Hier muss man von den Männern erst einmal akzeptiert werden: Dass da nicht nur jemand Junges kommt, sondern auch noch eine Frau. Und noch dazu eine blonde! Die dann auch noch sagt, dass sie sich das zutraut und weiß von was sie spricht!

Mair: Das kann ich mir vorstellen. Als klar war, dass ich als

Bürgermeister kandidiere, gab es unter den Funktionären natürlich auch kritische Stimmen. Die haben gefragt: Was wollt ihr mit diesem Jungen? Verheizen? Wollt ihr das wirklich machen? Im Laufe des Wahlkampfs hat sich das aber beruhigt.

In Österreich gibt es 2100 BürgermeisterInnen, nur sieben Prozent davon sind Frauen. Hat man es als Frau schwerer?

Feichtinger: Ich habe schon den Eindruck, dass Frauen eine andere Grundvoraussetzung haben. In der öffentlichen Wahrnehmung und im Auftreten. Und sie müssen gegen Vorbehalte ankämpfen. Wenn man vorne am Pult steht, dann wird man zuerst nach dem Äußeren bewertet. Die Frauen schauen, was man anhat. Die Männer mustern

einen generell. Ein Mann kann dreimal das gleiche dunkle Sakko tragen, hat eine Frau drei Mal das gleiche Kleid an, liefert sie ein Gesprächsthema.

Mair: Lass' mich eine andere Frage dazu stellen: Wie stellt man sich einen typischen Bürgermeister vor?

Feichtinger: Männlich und älter.

Mair: Genau. Sicher kommt bei dir das Frausein dazu, aber wir fallen beide aus der klassischen Vorstellung heraus.

Feichtinger: Das stimmt. Ich versuche aber, mir darüber keinen großen Kopf zu machen. Mich motiviert es, das Bewusstsein in eine andere Richtung zu schärfen.

Mair: Es kann auch ein gewisser

Vorteil sein, dass man nicht in das klassische Schema hineinfällt. Die Menschen werden aufmerksam.

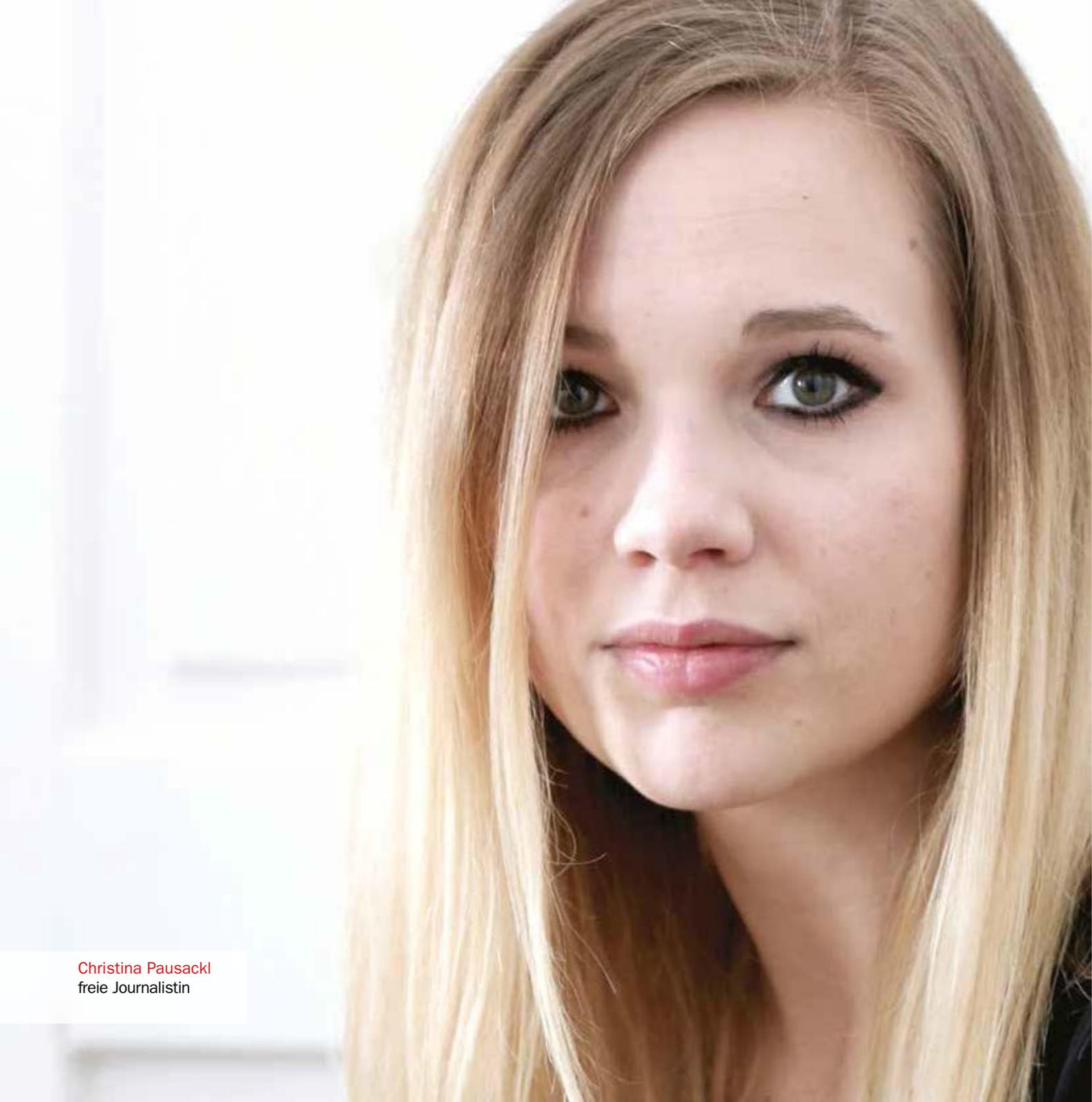
Feichtinger: Was ich sehr schön finde: Die jungen Mädchen in meiner Gemeinde bekommen ein Bewusstsein dafür, dass auch sie Bürgermeisterin werden können. Dass nicht nur ein Mann diese Position erreichen kann – und schon gar nicht nur ein alter Mann.

Mair: Das habe ich auch erlebt: Dass mich im Kindergarten Kinder anreden und sagen, sie wollen einmal Bürgermeister werden. Manche wollen sogar Autogramme. Da freut man sich schon.

Dabei heißt es, junge Menschen würden sich immer weniger für Politik interessieren.

Feichtinger: Junge Menschen sind nicht unpolitisch. Höchstens politikverdrossen. Weil sie a: oft keinen persönlichen Zugang haben, und b: sie das Gefühl haben, dass „die da oben“ sowieso machen, was sie wollen. Im Wahlkampf sind vor allem die Jungen auf mich zugekommen, haben nachgefragt, wollten wissen, was ich vorhabe. Junge Menschen interessieren sich für Politik. Wenn sie sich aber nicht angesprochen fühlen und keine Möglichkeit bekommen, gehört zu werden, dann verlieren sie das Interesse.

Mair: Auch in meinem Umfeld interessieren sich die Jungen plötzlich für das Amt des Bürgermeisters. Viele wussten gar nicht, was seine Aufgaben sind und dass man wirklich etwas bewegen kann. Mein Motto ist: Gestalten statt verwalten.



Christina Pausackl
freie Journalistin

BÜRGERMEISTER/INNEN DIE NEUE GENERATION

Natürlich ist das mühsamer, das braucht mehr Energie, als bestehende Dinge aufrechtzuerhalten. Wenn man aber amtsmüde oder betriebsblind wird, finde ich, sollte man den Platz räumen.

Feichtinger: Ich sehe mich auch nicht als Politikerin, sondern mehr als Dienstleisterin für die BürgerInnen meiner Gemeinde. Ich sage immer: Ich habe diesen Stuhl nicht gepachtet.

Mair: In sechs Jahren kann man weg sein.

Feichtinger: Genau. Aber dann habe ich mich sechs Jahre lang für die Gemeinde eingesetzt. Dann steht uns eh noch alles offen. Wir sind jung.

Die größten persönlichen Herausforderungen als Bürgermeister, als Bürgermeisterin?

Feichtinger: Man hat keine Privatsphäre mehr. Das ist manchmal schon schwierig. Sobald ich

aus der Tür trete, bin ich die Bürgermeisterin.

Mair: Daran musste ich mich auch gewöhnen: Dass mich auf der Straße, im Kaufhaus alte und junge Leute ansprechen und mich „Herr Bürgermeister“ nennen. Und es ist auch ein stressiger Job, mehr, als ich erwartet habe. Seit November hatte ich kaum einen freien Tag.

Feichtinger: Im Moment teilt meine Sekretärin mein Leben ein. [Lacht]

Fällt ein Teil eurer Jugend dem Bürgermeisterdasein zum Opfer?

Feichtinger: Nein. Ich finde nicht, dass ich etwas aufgebe. Ich kann auch als Bürgermeisterin Spaß haben und feiern. Aber ja: Man trägt eine andere Verantwortung.

Mair: Auch ich gehe nach wie vor mit meinen Freunden fort. Eskapaden kann man sich natürlich keine leisten. Es wird alles

kommentiert, alles macht sofort die Runde. Wenn ich mich mit einem Mädli in der Region treffe, weiß das jeder.

Erneutes Gelächter am Tisch. Severin Mair und Elisabeth Feichtinger werden an diesem Tag noch länger zusammensitzen, sich über hilfreiche Computerprogramme und die Gestaltung der Gemeinde-Webseiten unterhalten. Bevor sich Mair wieder nach Eferding aufmacht, haben die beiden bereits ein nächstes Treffen vereinbart.

Christina Pausackl, 27,
ist freie Journalistin in Wien. 2014 erhielt sie den Dr. Rudolf Bohmann Preis für Nachwuchsjournalisten und im Juni 2015 wurde sie vom Branchenmagazin „Der Österreichische Journalist“ unter die „Besten 30 unter 30“ gewählt. Sie arbeitet für die Zeitschrift „DATUM“, Die Zeit, Kurier, ORF, und die Wiener Zeitung.



Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des Deutschen
Städte- & Gemeindebundes

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN EINE HERKULESAUFGABE

Nicht nur Österreich hat mit den Herausforderungen der Flüchtlingsströme aus Krisengebieten zu kämpfen. Auch die deutschen Kommunen stehen vor einer Herkulesaufgabe. Ein Blick über die Grenzen in unser Nachbarland.

Das Jahr 2015 stand in Deutschland ebenso wie in Österreich im Zeichen der sehr hohen Zahl an Flüchtlingen, die in diese beiden Länder gekommen sind. Auch wenn der starke Zustrom im ersten Halbjahr 2016 deutlich zurückgegangen ist, steht für Städte und Gemeinden die eigentliche Herkulesaufgabe noch bevor. Viele der zu uns gekommenen Menschen werden mittelfristig, langfristig oder sogar dauerhaft bei uns bleiben. Erfolgreiche Integration der Geflüchteten muss vor Ort in den Städten und Gemeinden gestaltet werden. Spracherwerb, Wohnraum, Arbeit und Ausbildung sowie gesellschaftliche Teilhabe lauten die Aufgaben, denen sich die Kommunen

in vorderster Linie widmen müssen. Damit dies gelingt, ist ein gesamtgesellschaftliches Zusammenwirken notwendig.

Rund 1,1 Millionen Flüchtlinge, die im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, stellten für die Städte und Gemeinden eine immense Herausforderung dar. Vor allem die sehr kurzen Vorlaufzeiten bedeuteten eine hohe Belastung für die Kommunen, die innerhalb kürzester Zeit für die Versorgung und Unterbringung der ankommenden Menschen sorgen mussten. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen sowie das Engagement der zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer hätte diese Aufgabe nicht bewältigt werden können. Deutschlands Aufnahmebereitschaft und die bewiesene Solidarität mit Menschen in Not in den Städten und Gemeinden war in den zurückliegenden Monaten überragend. Darauf können die Kommunen

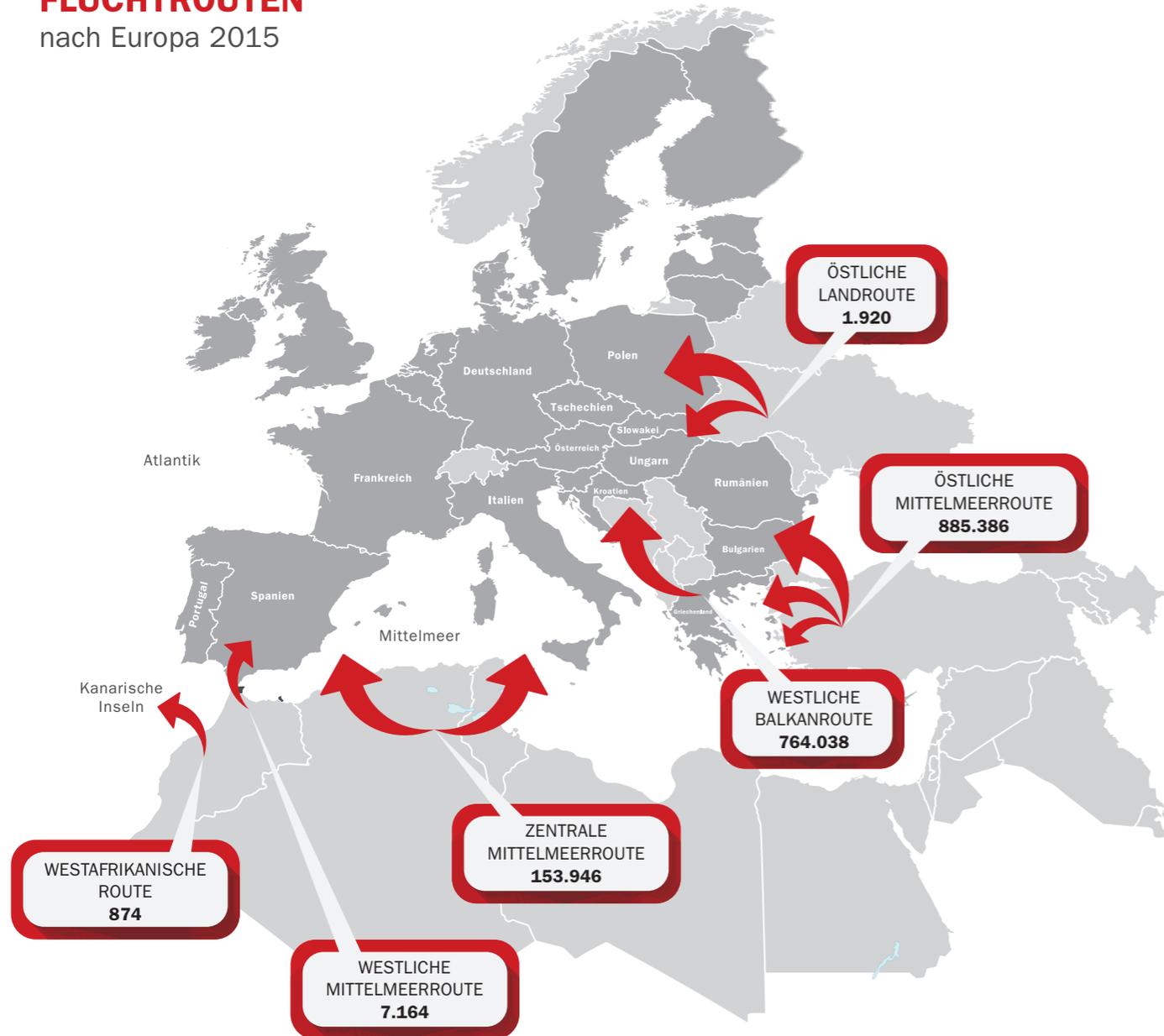
mit Stolz verweisen. Seit Beginn des Jahres 2016 sind die Flüchtlingszahlen stark rückläufig. Während beispielsweise im November 2015 im sogenannten „EASY“-System noch mehr als 206.000 ankommende Menschen registriert wurden, waren es im Juni 2015 nur noch rund 16.000 Personen. Dies entspricht einem Rückgang von rund 92 Prozent. Dieser deutliche Rückgang hat den Städten und Gemeinden mit Blick auf die Erstaufnahme eine dringend notwendige Atempause verschafft. Allerdings ist es sehr schwer abzuschätzen, ob diese Entwicklung von Dauer ist und wie sich die Flüchtlingszahlen in den kommenden Jahren entwickeln werden.

Reaktionen der Politik

Als Reaktion auf die sehr hohen Flüchtlingszahlen und die teilweise immens langen Bearbeitungszeiträume hat das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

FLUCHTROUTEN

nach Europa 2015



Wieviele Menschen über welche Wege nach Europa kamen...

Quelle: Frontex/BMEIA

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN EINE HERKULESAUFGABE

(BAMF) seine personellen Kapazitäten deutlich aufgestockt und auf diese Weise die Zahl der bearbeiteten Asylanträge erhöht. Im ersten Halbjahr 2016 sind mehr als 250.000 Asyl-Entscheidungen getroffen worden, eine sehr deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ziel des BAMF ist es, bis Ende des Jahres alle unbearbeiteten Asylanträge zu entscheiden und auf diese Weise den hohen Rückstand abzubauen. Als Folge steigt die Zahl der anerkannten Asylbewerber, die in den Kommunen integriert werden müssen, schneller als ursprünglich erwartet.

Insgesamt betrachtet hat die Bundespolitik in Deutschland, nicht zuletzt auch als Reaktion auf den Druck aus den Kommunen und die bereits frühzeitig formulierten Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen auf die Herausforderungen durch die Flüchtlinge reagiert. Im Oktober

2015 wurde das sogenannte „Asylpaket I“ verabschiedet, in dem unter anderem die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt und Erleichterungen im Baurecht für Asylunterkünfte festgeschrieben wurden. Im März 2016 folgte dann das sogenannte „Asylpaket II“, in dem beispielsweise beschleunigte Asylverfahren, eine Verschärfung der Abschieberegelungen für abgelehnte Asylbewerber sowie eine Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige geregelt wurden. Insgesamt haben diese gesetzlichen Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die vielzitierte „Flüchtlingskrise“ von staatlicher Seite besser zu managen.

Integrationsgesetz seit Juli in Kraft

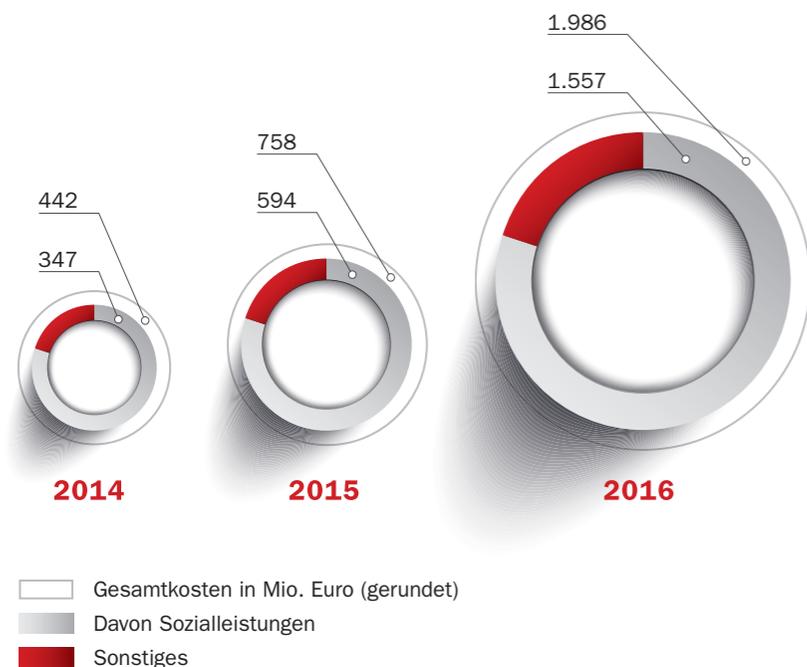
Das vor wenigen Wochen beschlossene Integrationsgesetz geht maßgeblich auf eine Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

zurück und stellt einen wichtigen Baustein auf dem Weg zu einer gelingenden Integration der geflüchteten Menschen dar. Als kommunaler Spitzenverband haben wir bereits sehr früh ein solches Gesetz, das auf dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ basiert, angeregt. Auch wenn Städte und Gemeinden in Deutschland über umfangreiche integrationspolitische Erfahrungen verfügen, hat es in der Vergangenheit neben sehr vielen Beispielen für gelungene Integration auch gegenteilige Erfahrungen gegeben. So sind teilweise Segregationstendenzen zu beobachten, sodass Zuwanderer aus früheren Jahren ein Leben unter sich und ohne Einbindung in die Gesellschaft leben. Um derartigen Entwicklungen bei der Integration der neu angekommenen Menschen vorzubeugen sind die im Integrationsgesetz festgeschriebenen Maßnahmen aus kommunaler Sicht zu begrüßen.

Ein zentrales Element des neu-

DIREKTE FLÜCHTLINGSKOSTEN IN ÖSTERREICH

2014 – 2016



en Integrationsgesetzes ist die sogenannte Wohnsitzpflicht für anerkannte Asylbewerber. Durch diese Wohnsitzpflicht kann auch dieser Personenkreis für bis zu drei Jahre verpflichtet werden, in einem bestimmten Bundesland ihren Wohnsitz zu nehmen. Für die konkrete örtliche Verteilung der Flüchtlinge sind die Länder zuständig. Sie können die Wohnsitzauflage abhängig davon erteilen, wo es im Land Kapazitäten für Integrationsleistungen gibt und wo noch freier Wohnraum verfügbar ist.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Einführung einer Wohnsitzpflicht als Instrument zur besseren Steuerung, für mehr Planungssicherheit für die Kommunen und für eine Erhöhung der Integrationschancen bereits frühzeitig gefordert. Vielerorts ist bislang nicht klar gewesen, wie viele anerkannte Asylbewerber in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde bleiben werden, wie viele neue Wohnungen, Schul- oder

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN EINE HERKULESAUFGABE

Kitaplätze benötigt werden. Durch die jetzt im Integrationsgesetz festgeschriebene Wohnsitzpflicht bekommen die Kommunen diese Planungssicherheit. Es kommt auf diese Weise zu einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung der anerkannten Asylbewerber im gesamten Bundesgebiet. Soziale Brennpunkte und „Ghettos“ können so vermieden werden. Allerdings muss sich aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die Verteilung der Menschen auf die Kommunen in den jeweiligen Bundesländern auch nach den vor Ort vorhandenen Integrationspotenzialen, etwa im Hinblick auf Wohnraum, Arbeitsmarkt, öffentliche Infrastruktur, etc. ausrichten. Erfolgreiche Integration erfordert auch, dass gerade für strukturschwächere Regionen eine gezielte Förderung erfolgen muss.

Neben der Wohnsitzpflicht finden sich im neuen Integrationsgesetz weitere wichtige Bausteine

für eine gelingende Integration. So wird unter anderem der Zugang zum Arbeitsmarkt für die anerkannten Asylbewerber erleichtert und die Zahl der Sprach- und Integrationskurse erhöht. Sprache und Arbeit sind der Schlüssel zur Integration, daher sind diese beiden Regelungen ausdrücklich zu begrüßen. Gleichzeitig wird das Engagement der Flüchtlinge bei Integrationsmaßnahmen honoriert, sie erhalten beispielsweise bei positiven Integrationsleistungen schneller ein unbefristetes Aufenthaltsrecht. Neben diesen fördernden Elementen wird im neuen Gesetz allerdings auch der Grundsatz des „Forderns“ nicht vergessen. Anerkannte Asylbewerber, die sich den Integrationsmaßnahmen verweigern, müssen mit deutlichen Kürzungen ihrer Sozialleistungen und weiteren Sanktionen rechnen. Der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ wird also im Integrationsgesetz konsequent umgesetzt.

Neue Aufgaben für Kommunen

Auf die Städte und Gemeinden kommen bei der Integration der Geflüchteten zahlreiche Aufgaben zu. Sie stehen beispielsweise vor der Herausforderung, ausreichend adäquaten Wohnraum bereitzustellen. Vor allem in den dicht besiedelten Ballungsräumen, in denen bezahlbare Wohnungen ohnehin Mangelware sind, bedeutet dies, dass der soziale Wohnungsbau massiv ausgeweitet werden muss. Der Bestand an sozial gefördertem Wohnraum ist in Deutschland in den vergangenen Jahren ohnehin zurückgegangen. Nach aktuellen Schätzungen werden für anerkannte Asylbewerber und für die einheimische Bevölkerung in den kommenden Jahren 450.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden müssen.

Gleichzeitig müssen vor Ort in den Kommunen ausreichend Plätze für Kinderbetreuung und Schule geschaffen wer-

ANZAHL DER GESTELLTEN ASYLANTRÄGE

je 1.000 Einwohner (EU 28) 2015

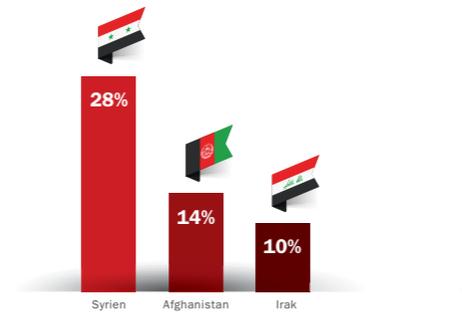
Schweden	16,7
Österreich	10,3
Finnland	5,9
Deutschland	5,9
Luxemburg	4,4
Malta	4,3
Belgien	4,0
Dänemark	3,7
Bulgarien	2,8
Zypern	2,7
Niederlande	2,7
EU (28 Länder)	2,6
Italien	1,4
Griechenland	1,2
Frankreich	1,1
Irland	0,7
Großbritannien	0,6
Polen	0,3
Spanien	0,3
Estland	0,2
Lettland	0,2
Tschechien	0,1
Slowenien	0,1
Litauen	0,1
Portugal	0,1
Rumänien	0,1
Slowakei	0,1
Kroatien	0,0

Quelle Eurostat/BMEIA

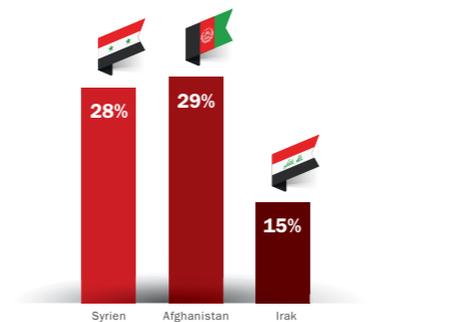
HERKUNFTSLÄNDER DER ASYLWERBER

2015

EU 28



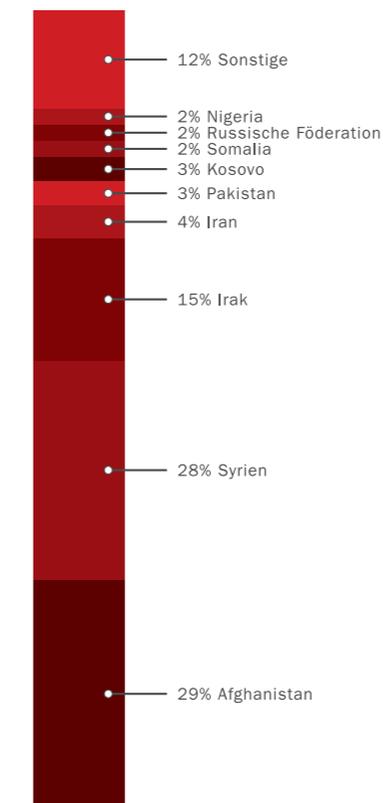
ÖSTERREICH



Quelle Eurostat, BMI/BMEIA

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN EINE HERKULESAUFGABE

HERKUNFTSLÄNDER DER FLÜCHTLINGE IN ÖSTERREICH 2015



Quelle BMI

den. Nach den derzeitigen Schätzungen werden allein für die bislang nach Deutschland gekommenen Geflüchteten rund 100.000 zusätzliche Kita-Plätze und 300.000 zusätzliche Plätze in Schulen benötigt. Dies bedeutet für Städte und Gemeinden, dass sie geeignetes Personal finden und Gebäude ausbauen oder neu errichten müssen. Schließlich wird auch in der Kernverwaltung in den Kommunen zusätzliches Personal benötigt, um die vielfältigen Anforderungen im Bereich der Integration abdecken zu können.

Eine entscheidende Rolle für die Integration der anerkannten Asylbewerber spielt die Zivilgesellschaft vor Ort. Vereine und engagierte Ehrenamtliche, die sich bei der Hausaufgabenbetreuung, dem Lernen der Sprache oder bei der Begleitung zu Behördengängen engagieren, sind von großer Bedeutung. Hier sind Städte und Gemeinden gefordert, dieses ehrenamt-

liche Engagement zu unterstützen und zu koordinieren.

Finanzierung der Integrationsaufgaben sicherstellen

Alle diese zusätzlichen Aufgaben sind für Städte und Gemeinden mit immensen Kosten verbunden. Nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes belaufen sich die jährlichen flüchtlingsbedingten Mehrausgaben für alle staatlichen Ebenen auf rund 20 Milliarden Euro. Ein großer Teil dieser Ausgaben fällt in den Kommunen an. Daher haben wir von Bund und Ländern immer wieder gefordert, dass Städte und Gemeinden von diesen Kosten entlastet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass sich Bund und Länder im Juli dieses Jahres auf eine Regelung zu den Flüchtlingskosten geeinigt haben. Für die Jahre 2016 bis 2018 wird der Bund

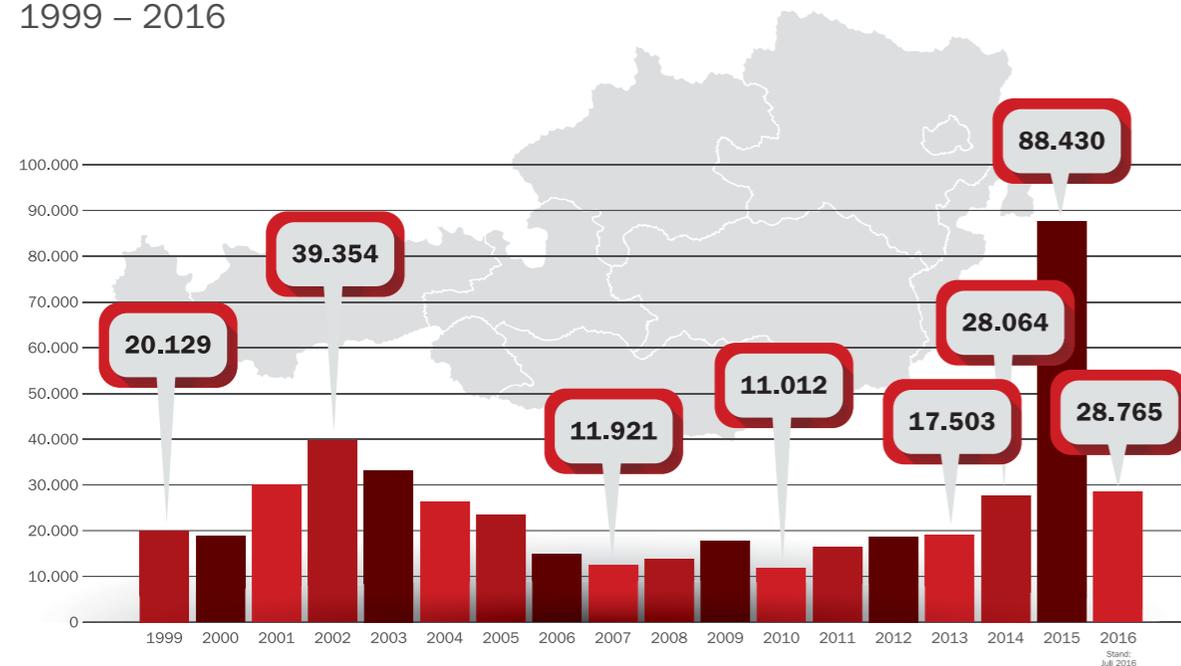
ZAHLE DER ASYLANTRÄGE IN ÖSTERREICH

Jänner 2015 – Juli 2016



Quelle BMI

ZAHLE DER ASYLANTRÄGE IN ÖSTERREICH 1999 – 2016



Quelle BMI/BMEIA

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN EINE HERKULESAUFGABE

den Ländern insgesamt sieben Milliarden Euro zur Erstattung der Integrationskosten zur Verfügung stellen. Die Länder sind nun in der Pflicht, diese Finanzmittel auch an die Kommunen weiterzureichen. Zusätzlich übernimmt der Bund die kommunalen Mehrausgaben für die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber. Dies bedeutet für Städte, Gemeinden und Kreise in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt eine Entlastung in Höhe von rund 2,6 Milliarden Euro. Schließlich hat die Bundesebene in verschiedenen anderen Programmen, etwa dem sozialen Wohnungsbau oder in einem Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt, weiteres Geld zur Verfügung gestellt.

Ob diese finanziellen Mittel insgesamt ausreichen oder ob nachgesteuert werden muss, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Daher muss es zu gegebener Zeit, wenn verlässliche Zahlen über die den Kommunen

tatsächlich entstehenden Kosten vorliegen, eine Bestandsaufnahme und gegebenenfalls eine Anpassung geben.

Herkulesaufgabe Integration

Insgesamt stellt die Integration einer so großen Zahl an geflüchteten Menschen eine gewaltige Herausforderung für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger dar. Die Verwaltungen müssen sich auf völlig neue Aufgabenfelder einstellen und ihre Tätigkeit verstärkt auf das Thema Integration ausrichten. Doch dies allein wird nicht ausreichen. Die gesamte Stadtgesellschaft ist gefordert, sich dieser Aufgabe zu stellen – angefangen von kommunalen Unternehmen über Schulen und Volkshochschulen, Vereine und ehrenamtliche Zusammenschlüsse bis hin zu Nachbarschaftsinitiativen. Wenn sich alle für die Integration engagieren, wird diese Aufgabe zu bewältigen sein.

Nicht zuletzt wird es allerdings auch an den zu uns gekommenen Menschen liegen. Nur wenn sie sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, unsere Regeln und Gesetze akzeptieren und sich am örtlichen Zusammenleben beteiligen, wird es gelingen, sie bei uns zu integrieren. Dann kann aus der sogenannten Krise eine Chance für Deutschland und Europa werden.

Gerd Landsberg, 64, war Richter am Landgericht Bonn und am Oberlandesgericht Düsseldorf sowie Referent im Bundesministerium der Justiz. Seit 1996 führt er als Hauptgeschäftsführer den Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin.



Elisabeth Köstinger
Mitglied des
Europäischen Parlaments

VON DER RICHTIGEN DOSIS AUF DEM WEG ZU EINEM ÜBERZEUGENDEN EUROPA

Europa erlebt in den letzten Monaten ein politisches Erdbeben. In Großbritannien haben die EU-Gegner gesiegt, die Mehrheit der Bevölkerung stimmte für einen Austritt aus der Europäischen Union. Zeitungen und soziale Medien überschlagen sich mit Analysen zum #Brexit. Die Generation 65+ hätte für den Austritt gestimmt, Schottland und Nordirland für den Verbleib in der Union. Die Jugend sei geschockt und perspektivenlos, das Land gespalten, das britische Pfund im Keller. Gazetten weltweit sprechen von „einer Krise schlimmsten Kalibers“, wachsendem Nationalismus, der - basierend auf „Angst und Groll“ - nun weiter genährt würde und Papst Franziskus warnt vor einer „Balkanisierung“ Europas.

Vor allem aber hinterlässt dieses historische Referendum bei den verbleibenden Mitgliedsstaaten viele Fragezeichen. Europa - quo vadis? Implodiert die Europäische Union? Ist Europa eine Großbaustelle

geworden oder gibt es nun eine Aufbruchsstimmung - und wenn ja, wohin geht die Reise? Wo ist der Kitt, der das Gemeinsame der europäischen Staaten noch zusammenhalten kann - wo sind die visionären Europäer? Und wo wollen wir hin? Oder in den Worten von Altkanzler Wolfgang Schäuble: „Wollen wir gemeinsam zu einer Lösung der brennenden Fragen unserer Zeit beitragen, oder zurück ins bequeme Schneckenhaus?“

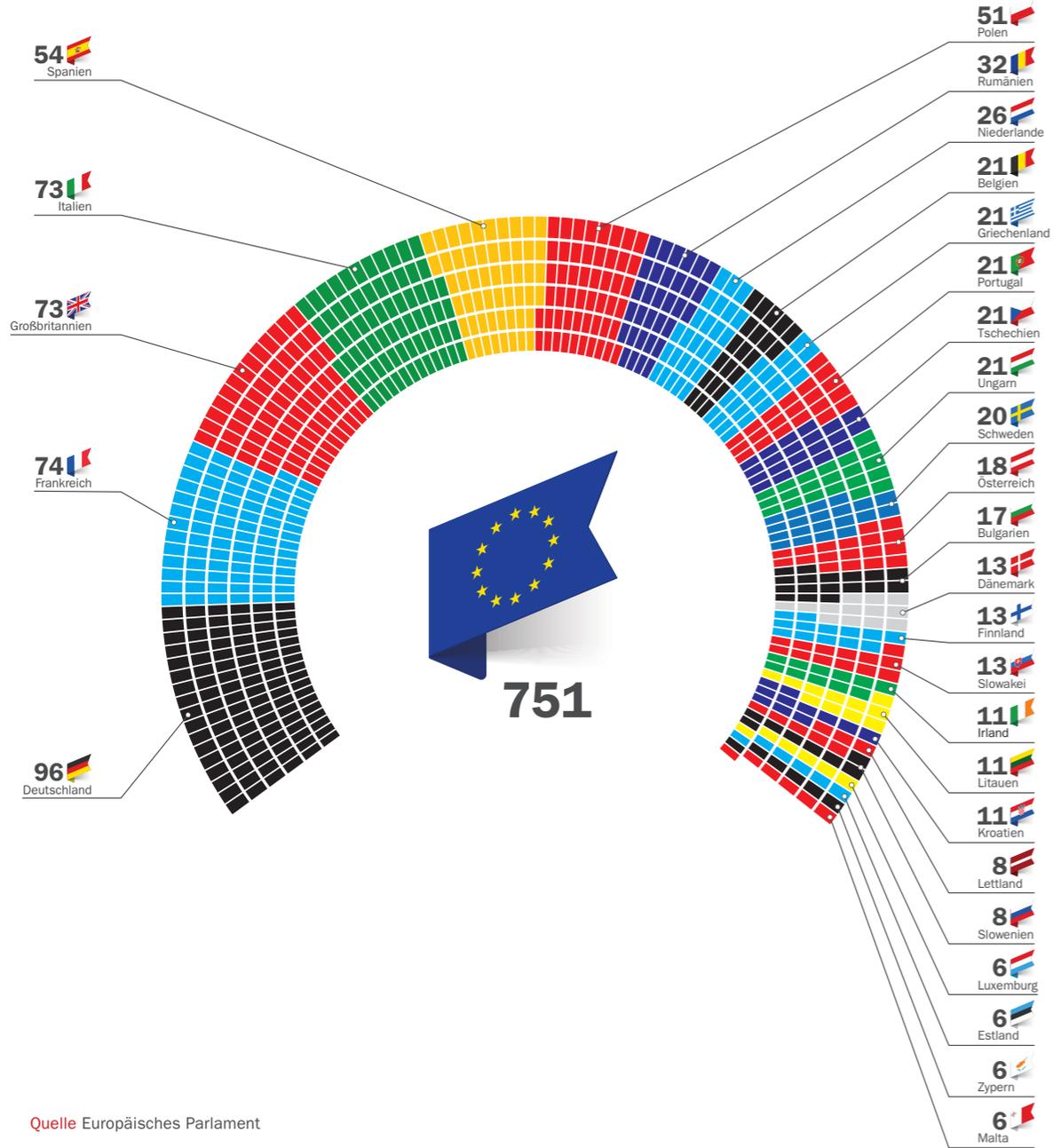
Ich werde diese Fragen so kurze Zeit nach dem ‚Big Bang‘ nicht beantworten können, aber ich möchte sie als Antrieb nehmen, um uns allen wieder „unser Europa“ ins Stammbuch zu schreiben. Nicht oberlehrerhaft, nicht besserwisserisch, sondern frei von Schuldzuweisungen und Jammern - und gewiss ohne Hetze - einfach die Frage stellen, was ist eigentlich aus unserem europäischen Traum geworden?

Zwei Punkte vorweg: ich bin Europäerin. Europäerin, Öster-

reicherin, Kärntnerin. Und zwar aus Überzeugung. Ich glaube an den Auftrag Europas an uns. Das Friedensprojekt, das gemeinsame Fundament, unser Zuhause. Und meine Erfahrungen als Teil dieses Projekts, dieser Vision, dieser großen, dieser uralten und doch auch immer wieder neu zu denkenden Idee, stärken mich Tag für Tag in meiner Überzeugung. Auch in diesen Tagen – oder vielleicht gerade in diesen Tagen. Die Europäische Union steht möglicherweise vor ihrer größten politischen Krise seit ihrer Gründung. Es sind aber genau diese schwierigen Phasen, diese scheinbar unüberbrückbaren Gräben, das Misstrauen und die Angst, in denen unser gemeinsames Europa einst entstanden ist und aus denen Europa mit neuem Mut, dem Blick für das Gemeinsame und dem Willen – oder vielleicht treffender: der Einsicht – zur Veränderung, wieder gestärkt hervorgegangen ist.

DAS EUROPA-PARLAMENT

Abgeordnete nach Ländern



Quelle Europäisches Parlament

VON DER RICHTIGEN DOSIS AUF DEM WEG ZU EINEM ÜBERZEUGENDEN EUROPA

Bevor ich aber weiter mein Europa-Herz ausschütten möchte, möchte ich als zweiten Punkt noch klarstellen, dass das hier mit Sicherheit keine Predigt für Europa bei gleichzeitigem Fingerzeig auf seine Kritiker wird. Denn vieles der Kritik an der Europäischen Union hat tatsächlich seine Berechtigung und keiner kann behaupten, dass es zufriedenstellend läuft.

In einer freien Gesellschaft soll – und muss prinzipiell alles einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Kritik ist also angebracht und wichtig. Aber Kritik darf nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern muss ein Antrieb sein. Ein Antrieb, der uns dazu bringt, Europa gemeinsam weiterzuentwickeln, mitzugestalten, zu verändern. Für ein besseres Europa. Vor allem aber – für ein überzeugendes Europa. Doch dafür muss erst mal die richtige Dosis gefunden werden.

Ein überzeugendes Europa darf nicht in erster Linie mit „Regu-

lierungswut“ oder „Brüsseler Zwangsjacken“ in Verbindung gebracht werden. Hier muss kräftig entrümpelt werden. Was regional und national lösbar ist, braucht nicht auf europäischer Ebene behandelt werden. Nach dem Motto „small is beautiful“, wie es der österreichische Ökonom und Philosoph Leopold Kohr auf den Punkt bringt, sollten wir Abschied nehmen vom „Größenrausch“ der in Überregulierung mündet und oft fernab der Realität bürokratischen Wucher produziert.

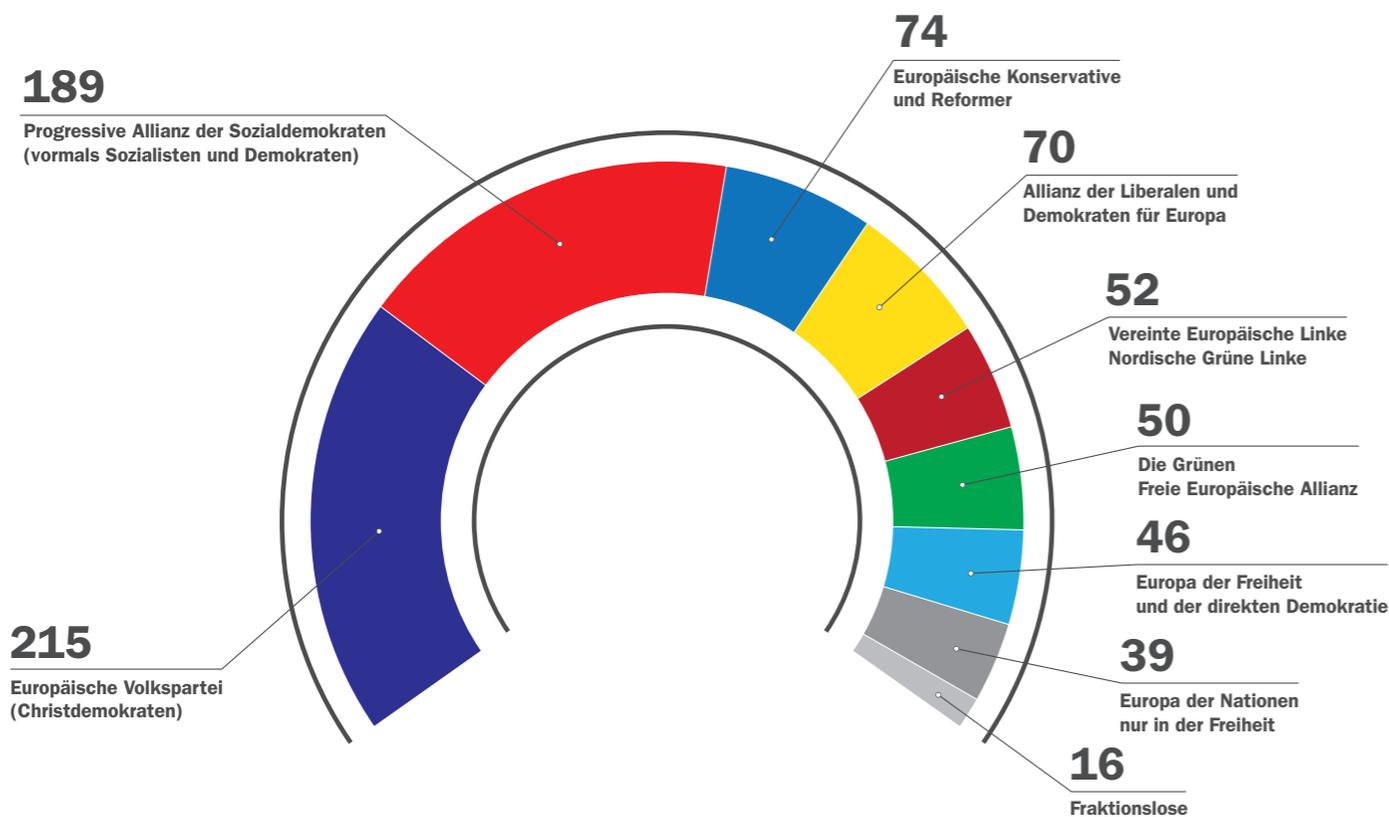
Eine Dezentralisierung der Europäischen Union müsste also „zurück zum menschlichen Maß“ führen - „denn wo immer etwas fehlerhaft ist, ist es zu groß“, um weiter in Kohrs Worten zu bleiben. Dabei soll das weder zur „Kleinstaaterei“ noch zum Nationalismus führen. Der an sich verständliche Wunsch nach einem Mindestmaß an nationaler Eigenständigkeit und historisch gewachsenen Unterschieden der einzelnen

Mitgliedstaaten wirkt ja oft genug als Hemmschuh. Andererseits halte ich dafür, dass eine gewisse nationale Individualität unbedingt erhalten werden soll. Ja, dass es auch die Möglichkeit für nationale Sonderwege geben muss.

Europa als Kontinent der Vielfalt muss auf nationale Bedürfnisse Rücksicht nehmen können, ohne das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig sind regionale Ansätze oft Türöffner und Motor für Kreativität und innovative Konzepte. Die österreichische Landwirtschaft ist beispielsweise ein solcher Ideenlieferant, durch den die Regionen selbst zu großen Profiteuren der eigenen Wirtschaftskreisläufe werden. Erfolgskonzepte wie „Urlaub am Bauernhof“, soziale Green-Care Bauernhöfe und Direktvermarktung stammen nicht aus einem europäischen Expertenausschuss, sondern sind einfach gelebte Wirtschaft am Land.

SITZVERTEILUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT NACH FRAKTIONEN

Stand: 1 Juli 2014



Quelle: Europäisches Parlament

VON DER RICHTIGEN DOSIS AUF DEM WEG ZU EINEM ÜBERZEUGENDEN EUROPA

Noch ein Beispiel aus der Landwirtschaft finde ich erwähnenswert: Die österreichische Milch, unser weißes Gold aus den Alpen, das unsere Bauern in mühevoller Arbeit, zu höchsten Qualitätsstandards, zu 100% GVO frei und zum Großteil unter schwierigen Bedingungen im Berggebiet produzieren, muss sich abheben dürfen - auch im Binnenmarkt. Nur dort wo österreichische Milch drinsteckt, darf eine rot-weiß-rote Schleife getragen werden! Ursprungsschutz muss in Europa eine Berechtigung haben. Oder das Beispiel der Freiheit im Gentechnikbau, die wir für Österreich erfolgreich durchgesetzt haben. So viel Vielfalt verträgt die Union - und unsere Bauern verdienen sie!

Ein überzeugendes Europa muss also auf die Stärken seiner Regionen setzen und den Mut haben, auch Unterschiede zuzulassen. Wettbewerb zwischen den Regionen und der Lauf um die besten, innovativsten Kon-

zepte stärken Europa. Gleichmacherei darf nicht zum Grundprinzip werden. Natürlich muss der Binnenmarkt funktionieren und selbstverständlich brauchen wir dafür gemeinsame europäische Spielregeln. Das darf aber nicht bedeuten, dass alles ‚gleich‘ sein muss.

Derselben Verantwortung müssen sich auch die Mitgliedsstaaten stellen. „Golden-Plating“ muss endlich der Geschichte angehören. Viel zu oft werden europäische Entscheidungen in der nationalen Umsetzung verkompliziert, erschwert oder überbordend ausgelegt. Die Kennzeichnung von Allergenen sei hier stellvertretend für unzählige Fälle genannt. Wenn nur einer von 28 Staaten ein Problem hat, kann nicht die europäische Verordnung dafür verantwortlich gemacht werden, sondern dann liegt der Ball klar bei der nationalen Umsetzung.

Überregulierung und Gleichmacherei sind nicht selten auch

der Nährboden auf dem die Entfremdung gedeiht - die Entfremdung Europas von seinen Bürgern. Diese Distanz, dieses Gefühl von „die da oben“ und der „Brüsseler Elite“ ist auch maßgeblich für unser „Europa, ja aber“-Denken verantwortlich. Diese Lücke müssen wir wieder schließen. Europa muss wieder zu unserem Zuhause werden. Das gelingt nur, wenn die Europäische Union sich auf die großen Herausforderungen unserer Zeit konzentriert und gleichzeitig ein Europa der Regionen zulässt, das individuelle Konzepte und regionale Stärken fördert. Damit die Union wieder erstarren kann, muss sie zunächst ihren Regionen wieder mehr Freiheit zugestehen.

Ein überzeugendes Europa muss sich also von den „Europa, ja aber“-Sagern und dem Zwangsjacken-Gefühl befreien. Es darf auf keinen Fall zur Regulierungsbehörde verkommen, sondern muss wieder Bewegung in die europäische Politik bringen.



VON DER RICHTIGEN DOSIS AUF DEM WEG ZU EINEM ÜBERZEUGENDEN EUROPA

Ärmel hochkrepeln. In einer immer kleiner werdenden Welt, bei all den Chancen und Herausforderungen, die das digitale Zeitalter mit sich bringt, ist das Schneckenhaus wohl die denkbar schlechteste Alternative. Als Europäische Union und somit stärkste Volkswirtschaft der Welt müssen wir unsere Zukunft gemeinsam in die Hand nehmen.

Da geht es einerseits um konkrete Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel. Wir sind nicht alleine auf diesem Planeten und schulden unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Umwelt. Andererseits werden wir auch europäische Antworten brauchen, wenn wir den Wirtschaftsstandort Europa nachhaltig absichern wollen. Wie können wir den neuen Wirtschaftsmächten wie China und Indien begegnen? Welche Lösungen bietet Europa im Kampf gegen die nukleare Aufrüstung und den Terror? Wie bekämpfen wir Cyberkriminalität? Und

natürlich die größte Herausforderung überhaupt: die Lösung der Migrationskrise.

Viele Konzepte liegen bereits am Tisch. Meist scheitern Beschluss und Umsetzung am nationalen Egoismus oder am Festhalten von Zuständigkeiten und somit am Festhalten der nationalen Macht. Ein europäischer Grenzschutz wäre längst realisierbar, scheitert jedoch an den Staaten, die immer noch die Zusammenarbeit verweigern. Dasselbe gilt auch für ein europäisches Asylgesetz. Es ist halt auch einfacher, sich auf gemeinsame Vermarktungsnormen zu einigen, als auf den richtigen Umgang mit einer Massenbewegung von Menschen.

Der Weg wird kein einfacher. Denn es wird keine einfachen Lösungen und Konzepte mehr geben und wir müssen uns stets vor Augen halten: Kein Land in Europa kann die Herausforderungen des Kontinents alleine meistern. Ja, die Lage ist ernst. Aber

eines ist heute schon gewiss: Wenn wir aus der womöglich größten politischen Krise der Union erfolgreich und gestärkt hervorgehen wollen, müssen wir bei der Lösungsfindung mit am Tisch sitzen und nicht von der Seitenlinie zusehen. Denn auch in der Europäischen Union läuft es wie im Fußball: Wer nicht am Platz ist, hat schon verloren. Großbritannien zeigt es uns vor.

Elisabeth Köstinger, 38, ist seit 2009 Abgeordnete des Europäischen Parlaments und stv. Bundesparteiobfrau der ÖVP gewählt. Sie ist Präsidentin des Ökosozialen Forums Europas sowie Vizepräsidentin des Ökosozialen Forums Österreichs.



Karin Gastinger
Public Management Director
bei PWC

WIE GEMEINDEKOOPERATIONEN BESSER GELINGEN

Was braucht es, damit Gemeinden besser zusammenarbeiten können und wozu braucht es neue Formen der Zusammenarbeit überhaupt? Ein kleiner Wegweiser durch einen manchmal schwierigen Prozess.

Gemeindekooperation entwickelte sich im Laufe der letzten Jahre zu einem Schlagwort, das den Beigeschmack von „Alibilösung“ bekam, um keine Gemeindezusammenlegungen durchführen zu müssen. Das mag vielfach daran liegen, dass die unbestritten vorliegenden guten Ideen für interkommunale Zusammenarbeit im Stadium der Machbarkeitsstudie stecken blieben. Wenn es dann tatsächlich um die Umsetzung ging, wurde meist die Umsatzsteuerthematik als Killerargument genutzt, um sich doch nicht aufeinander zu bewegen zu müssen.

Muss das wirklich so ein? Meine These ist, dass es auch anders gehen kann, es jedoch dafür bestimmter Voraussetzungen

bedarf, die es zu erfüllen gilt. Ziel dieses Artikels wird es sein, einen kurzen Überblick und Anregungen aus der Praxis zu liefern, worauf bei einer erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen der Gemeindekooperation zu achten ist.

Jede Gemeindekooperation hat idealerweise folgende drei Phasen:

Phase 1 – Vorbereitung

Die Erfahrung aus der Praxis zeigt, dass jede interkommunale Zusammenarbeit von Beginn an von einigen (wenigen) Akteuren (Proponenten) getragen wird.

Diese Proponenten sind es, die in Phase 1 „Vorbereitung“ einige wichtige Fragen zu klären bzw. mit den beteiligten Gemeinden abzustimmen haben. Die Vorbereitungsphase ist essentiell dafür, dass eine Gemeindekooperation auch nachhaltig gelingen kann!

Eine der wesentlichsten Voraus-

setzungen für dieses Gelingen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit ist, dass es über alle Parteigrenzen hinweg einen politischen Grundkonsens darüber gibt, dass eine Kooperation mit den anderen beteiligten Gemeinden grundsätzlich (politisch) gewünscht wird. In der Praxis gibt es dafür verschiedene Plattformen, die geeignet sind, diesen politischen Willen zu dokumentieren.

Es empfiehlt sich darüber hinaus, in einem möglichst frühen Stadium die Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden einzubinden und einen Grundsatzbeschluss für einen politischen Grundkonsens zur interkommunalen Zusammenarbeit einzuholen. Dieser Grundsatzbeschluss wird in weiterer Folge noch gute Dienste leisten, denn darauf kann in den weiteren Phasen der Kooperation immer wieder Bezug genommen werden. In dieser politischen Grundsatzeinigung zu einer Gemeindekooperation sollten sich die Proponenten

auch formal das Mandat holen, in dieser Frage weiter arbeiten zu dürfen. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil viele zeitliche Ressourcen in dieses Thema investiert werden, wofür es eines politischen Auftrages bedarf.

Auch die frühe Einrichtung eines Lenkungsausschusses, der sich aus Vertretern der Gemeinden, die zusammenarbeiten wollen, zusammensetzt, hat sich in der Praxis bewährt. In diesem Ausschuss sollten bestmöglich einige BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen der kooperationswilligen Gemeinden vertreten sein. Die Proponenten, die von den Gemeinderäten das Mandat haben, zu diesem Thema weiter zu arbeiten, berichten in regelmäßigen Abständen an diesen Lenkungsausschuss.

Sobald geklärt ist, dass grundsätzlich keine politischen Widerstände gegen eine interkommunale Zusammenarbeit bestehen, gilt es von den Proponenten zu analysieren, welche Aufgaben für

eine Kooperation geeignet sind.

Dem geht naturgemäß eine Aufgabenanalyse voraus, in welcher die Aufgaben der Gemeinden zusammengefasst und dargestellt werden. Sodann ist anhand von vorher definierten Kriterien gemeinsam festzustellen, welche dieser Agenden gemeinsam (besser) erledigt werden können. Diese Analyse kann in Form von moderierten Workshops mit Vertretern aus den einzelnen beteiligten Gemeinden und/oder Umfragen unter den Gemeinden erfolgen.

Eines der wesentlichsten Kriterien bei der Auswahl der Kooperationsbereiche muss sein, dass ein wechselseitiger Nutzen für jede der beteiligten Gemeinden gegeben sein muss. Denn auch hier zeigt die Erfahrung, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Vorhaben nur dann gelingen kann, wenn subjektiv jede der beteiligten Gemeinden einen Nutzen aus dieser Kooperation zieht!

Es empfiehlt sich, in diese Aufgabenanalyse die einzelnen Betroffenen, zB WirtschaftshofleiterInnen, BauamtsleiterInnen, LohnverrechnerInnen etc. einzu beziehen. Dies ist deshalb so wichtig, weil Gemeindekooperationen naturgemäß mit Änderungen in den einzelnen Aufgabebereich verbunden sind, und mit jeder Änderung Widerstände einhergehen. Daher ist es essentiell, die Positionen und Haltungen der Betroffenen festzustellen. Gerade deren Ängste und Argumente, warum dies alles nicht gelingen kann, sind besonders wertvoll – denn daran gilt es in Zukunft zu arbeiten! Zudem kennen die Betroffenen deren Arbeit am besten und wissen auch, in welchen Bereichen Synergien durch Kooperationen gehoben werden können.

Schließlich gilt es für die Proponenten in den einzelnen beteiligten Gemeinden abzuklären, ob bei den identifizierten Aufgabefeldern der Gemeindekooperation überhaupt die Bereitschaft

WIE GEMEINDEKOOPERATIONEN BESSER GELINGEN

der Gemeinden besteht, eigene Aufgaben abzugeben und Aufgaben von anderen Gemeinden zu übernehmen. Die Praxis zeigt, dass es vielfach in dieser sehr frühen Vorbereitungsphase noch sehr viel Bereitschaft hierfür gibt, je konkreter die Umsetzung wird, desto mehr schwindet diese Bereitschaft bei einigen Gemeinden. Unabhängig davon, sollte dieser Punkt möglichst früh klar und deutlich kommuniziert werden, nicht zuletzt aus Gründen der stetigen Bewusstseinsbildung.

Der nächste logische Schritt ist die Durchführung einer Machbarkeitsanalyse. Dabei sind insbesondere zu klären, in welcher Gesellschaftsform die Kooperation erfolgen soll, welche steuer-, haftungs-, gewerberechtlichen Aspekte zu beachten sind und wie sich die wirtschaftlichen Folgen samt Finanzierungsmodell der möglichen Kooperation für die einzelnen Gemeinden darstellen. Schließlich gilt es auch, einen konkreten und mit

allen betroffenen Gemeinden abgestimmten Umsetzungsplan zu erarbeiten.

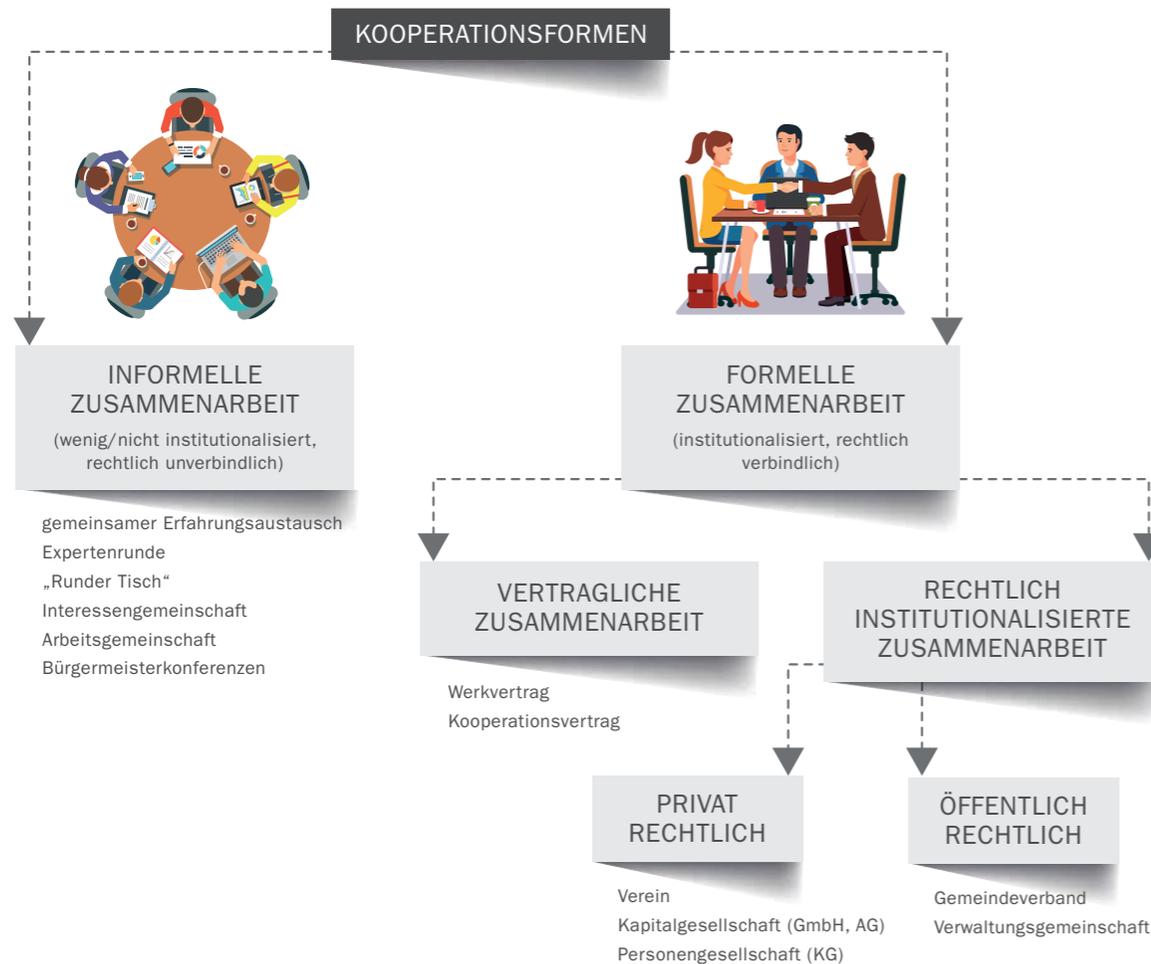
Vielfach ist das Know-how für diese umfassenden Analysen in den Gemeinden nicht vorhanden, so dass externe Begleiter beigezogen werden. Üblicherweise werden diese Machbarkeitsanalysen von den Bundesländern gefördert, was grundsätzlich sehr positiv gesehen wird. Hierfür sind die Kosten zu ermitteln und ein entsprechender Förderantrag zu erarbeiten. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass sich die kooperationswilligen Gemeinden jedenfalls an den Kosten der externen Begleitung und an deren Auswahl beteiligen müssen. Denn das Mittragen der Kosten der Machbarkeitsanalyse und bei der Auswahl des externen Beraters durch die Gemeinden erhöht die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen beträchtlich. Sollten diese Studien ausschließlich mit Fördergeldern

bezahlt werden, besteht vielfach die „Schau ma mal“ Mentalität, und es werden dadurch finanzielle Ressourcen verschwendet, die anderwärtig besser eingesetzt gewesen wären. Gerade das hat dazu beigetragen, dass Machbarkeitsstudien einen derart schlechten Ruf haben. Es gilt jedoch: Ohne Machbarkeitsanalyse ist keine professionelle Umsetzungsplanung möglich!

Die Ergebnisse dieser Machbarkeitsanalyse sind dem Lenkungsausschuss zur Kenntnis zu bringen. In diesem Gremium ist die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, in welchem der möglichen Bereiche mit der Gemeindekooperation konkret begonnen werden soll. Diese Entscheidung ist sodann den Gemeinderäten der kooperierenden Gemeinden samt dem Umsetzungsplan zur Kenntnis und zur Beschlussfassung vorzulegen. Sollte die Entscheidung zur Kooperation gefallen sein, so ist spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass auch in den

GEMEINDEN UND KOOPERATIONEN

Erscheinungsformen der Zusammenarbeit



Quelle Wirth-Matschek, 2005

WIE GEMEINDEKOOPERATIONEN BESSER GELINGEN

einzelnen Gemeinden Verantwortliche für die Gemeindekooperation benannt werden.

Zudem gilt es, einen internen und/oder externe/n KoordinatorIn für die Gemeindekooperation zu bestimmen, der/die die Umsetzungsphase begleitet. Diese/r KoordinatorIn kann entweder eine interne Vertrauensperson der Gemeinden sein, oder ein/e externe/r BeraterIn oder – sofern vorhanden – ein/e KoordinatorIn einer Servicestelle für Gemeindekooperation des jeweiligen Bundeslandes. Diese/r sollte jedoch weder im Bereich der Gemeindeaufsicht noch in der fördervergebenden Stelle angesiedelt sein, weil hier allenfalls Interessenskonflikte gegeben sein können.

Diese/r KoordinatorIn hat unter anderem die Aufgabe zu eruiieren, ob die geplante Kooperation vom jeweiligen Bundesland gefördert werden kann. Dazu sind die entsprechenden Förder Richtlinien zu beurteilen und vor

Umsetzung des Kooperationsbereiches ein Förderantrag an die zuständige Stelle zu richten. Auch hier gilt, dass empfohlen wird, dass die fördervergebende Stelle nicht die gesamten Kosten fördert, sondern dass sich die partizipierenden Gemeinden an den Umsetzungskosten beteiligen. Es gilt vor Stellung des Förderantrages gemeinsam festzulegen, wer Antragsteller der Förderung sein soll.

Sobald alle diese Fragen positiv geklärt sind, kann die Umsetzungsphase beginnen.

Phase 2 - Umsetzung

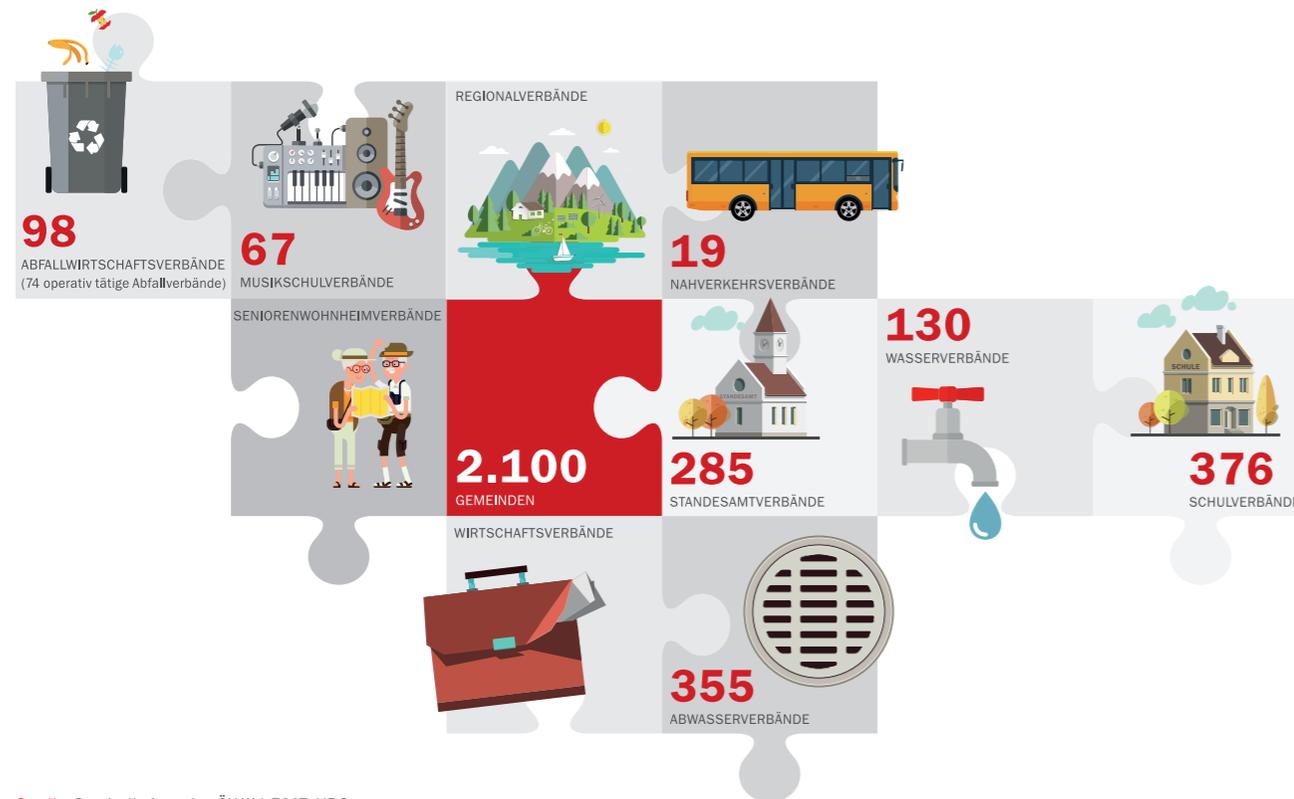
Die Praxis zeigt, dass sich in dieser Phase die Spere vom Weizen trennt. Es wird sichtbar, ob die (politischen) Willensbekundungen der Phase 1 auch der Realität der Umsetzung der Gemeindekooperation in Phase 2 standhalten. Je nachdem, in welchem Bereich die Gemeinden kooperieren werden, sind unterschiedliche Maßnahmen in der Umsetzungs-

phase vorzunehmen. Diese im Detail darzustellen, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Was konkret im Einzelfall zu tun sein wird, sollte sich aus der Machbarkeitsanalyse samt Umsetzungsplan ergeben.

Bei der Umsetzung der Gemeindekooperation gilt es jedoch jedenfalls zu beachten, dass neben einer geeigneten Methode auch die relevanten organisatorischen Voraussetzungen für die Implementierung der in der Machbarkeitsstudie empfohlenen Maßnahmen zu setzen sind. Dies alles wird jedoch nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Proponenten bzw. der Koordinator der Gemeindekooperation auch daran arbeiten, dass sich das Verhalten und die Einstellungen der Betroffenen soweit ändern, dass sie bereit sind, neue Wege gemeinsam zu beschreiten. Von entscheidender Bedeutung ist es daher, dass für den jeweiligen Kooperationsbereich in der Umsetzungsphase ein konkretes

GEMEINDEVERBÄNDE

Eine Auswahl



Quelle Statistik Austria, ÖWAV, BMF, KPC

und ganz klar kommuniziertes Ziel erarbeitet wird. Was soll sich ändern, wenn die Gemeindegemeinschaft umgesetzt ist? Welchen konkreten Nutzen haben die beteiligten Gemeinden? Was wird die Umsetzungsphase kosten, und wie werden diese Kosten getragen? Welche Einsparungspotentiale gibt es, und wie werden diese auf die beteiligten Gemeinden aufgeteilt?

Damit verbunden ist ein Erwartungsmanagement, welches im Laufe der Umsetzungsarbeiten immer wieder überprüft und entsprechend kommuniziert werden muss. Diese Transparenz schafft Vertrauen, denn nur mit Vertrauen wird eine Gemeindegemeinschaft langfristig erfolgreich sein!

Je nach Umsetzungsbereich werden verschiedene Maßnahmen

notwendig sein. Hier empfiehlt es sich, geeignete Experten beizuziehen, die unterstützen können. In einigen Bereichen der Gemeindegemeinschaft wird es zu einer Weiterverrechnung der Kosten für die Erbringung von Leistungen einer Gemeinde an eine andere Gemeinde kommen. Neben der bereits zu Beginn kurz angesprochenen Umsatzsteuerthematik, die von anderer

WIE GEMEINDEKOOPERATIONEN BESSER GELINGEN

Stelle einer Lösung zuzuführen ist, wird es notwendig sein zu wissen, welche Kosten weiterverrechnet werden können. Dabei kann eine Kosten-Leistungsrechnung wertvolle Dienste leisten. Die Einführung dieses Managementinstrumentes trägt auch maßgeblich zur zitierten Transparenz und damit zum Vertrauen zwischen den Gemeinden bei.

Erfahrungsgemäß kommt es in der Umsetzungsphase immer wieder zu Widerständen und Stillständen. Hier ist es essentiell, dass der/die KoordinatorIn mit geeigneten Methoden dafür sorgt, dass diese Widerstände ernst genommen werden und proaktiv an deren Lösung gearbeitet wird. Der/die KoordinatorIn ist damit quasi der „Motor“ der Gemeindegemeinschaft, der auch bei „Durststrecken“ wieder für Bewegung sorgt!

Die Ergebnisse der Umsetzungsphase sind wiederum dem Gemeinderat zur Kenntnis zu

bringen. Zudem wird empfohlen, auch laufend die BürgerInnen der betroffenen Gemeinden über den Stand der Gemeindegemeinschaft zu informieren.

Phase 3 - Evaluierung und laufende Verbesserung

Vielfach wird Gemeindegemeinschaft erfolgreich umgesetzt und dann wird von den Beteiligten zum alltäglichen Geschäft übergegangen. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, doch die meisten Kooperationsprojekte wurden mit Fördergeldern der öffentlichen Hand gefördert. Daher ist es wichtig, dass die Ergebnisse der Kooperation anhand von Kriterien evaluiert werden. Dies gilt natürlich auch für gescheiterte Kooperationsvorhaben, denn auch hier können wichtige Erkenntnisse gewonnen werden.

Diese Evaluierung sollte bei erfolgreicher Kooperation ca. ein Jahr nach Beginn der Umsetzung durch das jeweilige Bundes-

land erfolgen – sei es durch die fördervergebende Stelle oder durch eine Servicestelle Gemeindegemeinschaft. Auch hier zeigt die Erfahrung, dass die Qualität der Umsetzung der Gemeindegemeinschaft steigt, wenn das Bewusstsein besteht, dass eine außenstehende dritte Stelle die Ergebnisse und deren Umsetzung hinterfragt.

Gescheiterte Kooperationsversuche sind ein Fundus an Wissen, woran gedacht werden muss, damit der nächste Versuch erfolgreicher gelingen kann. Auch dieses Know-how ist sehr wertvoll und sollte anderen kooperationswilligen Gemeinden von zentraler Stelle zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse dieser Evaluierung können auch in eine Best Practice Plattform einfließen, aus der wiederum für weitere kooperationswillige Gemeinden ein Mehrwert entstehen kann. Diese Plattform könnte ebenfalls auf Ebene des Bundeslandes eingerichtet werden.

VORGEHEN GEMEINDEKOOPERATION IN STICHWORTEN

Kooperationsformen

VORBEREITUNGSPHASE

- Politischen Grundkonsens für Gemeindekooperation abklären
- Grundsatzbeschlüsse der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden einholen
- Lenkungsausschuss einrichten
- Aufgabenanalyse durchführen
- Kooperationsbereiche anhand von definierten Kriterien eruieren
- Nutzen der Kooperation für beteiligte Gemeinden darstellen
- Betroffene einbeziehen und deren Argumente ernst nehmen
- Bereitschaft der Gemeinden, Aufgaben abzugeben und/oder Aufgaben zu übernehmen, abklären
- Kosten und Förderfähigkeit Machbarkeitsanalyse prüfen und Förderantrag stellen
- Kostenbeteiligung der Gemeinden, Förderantrag und Beauftragung externe BeraterIn für Machbarkeitsanalyse in Gemeinderäten beschließen
- Machbarkeitsanalyse (Gesellschaftsform, steuer-, haftungs- gewerberechtliche und wirtschaftliche Aspekte samt Umsetzungsplan) beauftragen und bei der Erstellung mitwirken
- Ergebnisse der Machbarkeitsanalyse dem Lenkungsausschuss vorlegen und Kooperationsbereiche samt Umsetzungsplan auswählen
- Beschluss der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden für Umsetzungsphase einholen
- Kooperationsverantwortliche in Gemeinden bestimmen

UMSETZUNGSPHASE

- KoordinatorIn für Gemeindekooperation bestimmen (interne Vertrauensperson oder externe BeraterIn oder Servicestelle des Bundeslandes)
- Förderfähigkeit Umsetzung und Kostenbeteiligung der beteiligten Gemeinden prüfen und entsprechende Anträge stellen
- Kostenbeteiligung in den Gemeinderäten beschließen
- Konkrete Ziele für den Kooperationsbereich definieren und kommunizieren (Erwartungsmanagement)
- Maßnahmen laut Umsetzungsplan erarbeiten
- Methode, organisatorische Einbindung, Verhalten und Einstellungen der Betroffenen entsprechend berücksichtigen und bearbeiten
- ExpertInnen nach Bedarf beiziehen
- Laufende klare Kommunikation sicherstellen
- Bei Weiterverrechnung der Kosten zwischen den Gemeinden Kosten- Leistungsrechnung einführen
- Ergebnisse der Umsetzungsphase Gemeinderäten der beteiligten Gemeinden und BürgerInnen kommunizieren

EVALUIERUNG UND LAUFENDE VERBESSERUNG

- Bei erfolgreicher und erfolgloser Gemeindekooperation externe Evaluierung der Ergebnisse durch außenstehende dritte Stelle durchführen
- Ergebnisse in einer Best Practice Plattform auf Ebene des Bundeslandes dokumentieren
- Intern laufende Verbesserung kritisch hinterfragen und umsetzen

WIE GEMEINDEKOOPERATIONEN BESSER GELINGEN

Auch intern sollten die kooperierenden Gemeinden laufend hinterfragen, ob es nicht Verbesserungsmöglichkeiten für die Kooperation gibt. Dies lässt sich recht einfach durch Fragebogen oder Interviews mit den Betroffenen abfragen. Die Ergebnisse dieser Umfragen sind durch geeignete Maßnahmen in die Praxis umzusetzen.

Resümee

Gemeindekooperation kann gelingen und schafft Mehrwert! Es ist ein Prozess, der eine laufende Einbindung der beteiligten Gemeinden (BürgermeisterInnen und Gemeinderäte) und deren MitarbeiterInnen bedarf. Nutzen Sie die Vorbereitungsphase, um bereits im Vorfeld die wesentlichen Fragen abzuklären und vor allem klar und transparent zu kommunizieren. Klare und transparente Kommunikation schafft Vertrauen!

Erst wenn alle wesentlichen Fragen – einschließlich der

steuer-, haftungs- und gewerberechtlichen und wirtschaftlichen Fragen geklärt und mit den beteiligten Gemeinden abgestimmt sind, kann die Umsetzungsphase beginnen.

In der Umsetzungsphase kommt der Person des/der KoordinatorIn für die Gemeindekooperation eine wichtige Rolle zu. Als Motor der Gemeindekooperation sorgt diese/r dafür, dass geeignete ExpertInnen beigezogen werden und Widerstände überwunden werden können.

Nach erfolgreicher – aber auch erfolgloser – Umsetzung des Kooperationsprojektes ist eine Evaluierung der Ergebnisse vorzunehmen, die von einer unabhängigen dritten Stelle durchzuführen ist. Deren Ergebnisse sind allen Gemeinden des Bundeslandes in Form einer Best Practice Plattform zur Verfügung zu stellen.

Das interne Arbeiten an laufender Verbesserung sorgt dafür,

dass die Gemeindekooperation nachhaltig Nutzen für alle beteiligten Gemeinden bringt.

Karin Gastinger, 52, ist Director bei PwC. Ihre Spezialgebiete sind: Beratung zu den Themen Compliance, Interne Kontrollsysteme, Interne Revision mit Spezialfokus auf die öffentliche Verwaltung sowie Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltigkeit. Von Mitte 2004 bis Anfang 2007 war Karin Gastinger österreichische Bundesministerin für Justiz.



Franz Fischler
Präsident des Europäischen
Forum Alpbach

SCHREIBEN WIR GEMEINSAM NEUE SPIELREGELN FÜR EUROPA!

Noch nie zuvor war es einfacher, miteinander zu kommunizieren. Trotzdem fehlen uns für viele Konflikte die richtigen Worte oder wir wollen gar nicht miteinander reden. Einerseits ermöglicht uns das Smartphone mit hunderten Fremden zugleich „befreundet“ zu sein, andererseits wird die Erschöpfungsdepression langsam zur Volkskrankheit. Wie begegnen wir diesen Widersprüchen?

So wie uns einst die Schrift davon befreit hat, immer in Hörweite anderer Menschen zu leben, ermöglicht uns die Digitalisierung heute überall auf der Welt zu leben und dennoch den Draht nachhause nicht zu verlieren. Die neuen Medien haben nicht nur die Kommunikation, sondern auch uns verändert. Schon in den 1960er Jahren schrieb der Medienwissenschaftler Marshall McLuhan: „Die Erweiterung eines Sinnes verändert die Art, wie wir denken und handeln - unser Verhältnis zur Welt. Wenn sich dieses Verhältnis ändert,

ändert sich auch der Mensch.“ Heute streifen wir ohne groß nachzudenken, mit unseren Fingern über Glasflächen, um in Sekundenschnelle Bilder zu vergrößern oder zu verkleinern. Unsere Kinder werden nicht mehr wissen, wozu wir früher tagelang auf das Entwickeln von Fotos warten mussten.

Der Kanadier McLuhan war es auch, der den Begriff „Global Village“, das globale Dorf geprägt hat. Der Mensch ist heute über den gesamten Erdball vernetzt und kann durch Medien das Geschehen in Peru und Purkersdorf zeitgleich mitverfolgen. Die Medien werden so zur Verlängerung unseres zentralen Nervensystems, zu einem erweiterten Sinn. Noch nie zuvor hatten wir so viele Freiheiten und Möglichkeiten, über die Grenzen hinaus zusammenzuarbeiten, gemeinsame Interessen zu verfolgen und wichtige Themen zu diskutieren. Doch auch noch nie zuvor waren so viele Menschen auf der Flucht vor Katastrophen

und Kriegen wie im Jahr 2016. Widersprüche wie diese sind es, die unsere Gegenwart Anfang des 21. Jahrhunderts kennzeichnen.

Isolation ist Rückschritt

Wir beobachten in vielen Bereichen der Gesellschaft, wie sich alte Gewissheiten auflösen und die Skepsis wächst. Die globalisierte Welt bietet unzählige Reize, die unser erweitertes Nervensystem überfluten. Gewaltexzesse, Terrorbedrohung und Fundamentalismus verbreiten sich ähnlich unkontrolliert und schnell wie Informationen auf Computern zwischen Kontinenten verschoben werden. Daher ist es hoch an der Zeit, Wissen zu teilen, sich zu vernetzen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Die genannten Widersprüche und schnellen Veränderungen zeigen deutlich, wie wichtig es gerade jetzt ist, sich über die Regeln des Zusammenarbeitens und Zusammenlebens Gedanken zu machen.



Mayrhofen

SCHREIBEN WIR GEMEINSAM NEUE SPIELREGELN FÜR EUROPA!

Wenn es für Wirtschaft und Technologie keine Grenzen mehr gibt, müssen auch die Bewohner des Global Village neue Wege finden, wie sie vernünftig und friedlich miteinander leben können. Dafür brauchen wir jede Menge Informationen, aber auch Geduld. Wir müssen uns von der Annahme verabschieden, dass wir Menschen uns von heute auf morgen von Grund auf ändern oder dass unsere Art des Zusammenlebens von anderen einfach übernommen wird. Wir müssen die Spielregeln für das gemeinsame Europa weiter-schreiben. Die heutigen Schwächen der Europäischen Union spiegeln sich genau in dieser Erkenntnis wider: Wir scheitern wieder und wieder an unserem Unvermögen, die eigenen Rahmen zu überwinden, die nationalen Brillen abzunehmen und die Perspektive zu wechseln, ohne dabei zu fürchten, unsere Werte und Eigeninteressen über Bord zu werfen. Der Nationalismus ist wirtschaftlich, politisch und menschlich ein dramati-

scher Rückschritt. Wir sind von Natur aus soziale Wesen. Und Österreich kann gemeinsam mit allen anderen Ländern wertvolle „Beiträge“ für die europäische Familie leisten. Erinnern wir uns daran, dass die Zweite Republik auf der Erkenntnis gebaut wurde, dass Wohlstand und Frieden nur mit einem starken Willen zu Konsens, Solidarität und Kompromissbereitschaft geschaffen werden können. Mit anderen Worten: Es geht um die menschliche Vernunft. Auf diesem Fundament ist ebenso die EU gebaut und trotz all ihrer Schwächen ist sie nach wie vor das einzige Erfolgsbeispiel für transnationale Demokratie.

Europäisierung von unten

Die EU muss sich zweifelsfrei weiterentwickeln und reformieren. Es genügt nicht, nur von einem Friedensprojekt zu reden, wenn soziale Ungleichheiten den Alltag der Unionsbürger bestimmen. Es reicht nicht, die Europä-

ische Integration weiter voranzutreiben, wenn das Vertrauen in die europäischen Institutionen fehlt. Und es bringt nichts, europäische Lösungen zu fordern, wenn zuhause Stimmung gegen Brüssel gemacht wird. Die transnationale Demokratisierung braucht neben demokratischen Verfahren und Strukturen auch zivilen Rückhalt und demokratische Legitimation. Der Blick kann sich nur nach vorne richten, wenn ein starker Nacken den Kopf stützt.

Wir brauchen also eine Weiterentwicklung entlang der subsidiären Kette der Union: in den Brüsseler Institutionen, aber auch in den Nationalstaaten, Ländern und nicht zuletzt in den Gemeinden. Mit wenigen Ausnahmen sind die europäischen Länder nach wie vor Zentralstaaten. Das Europa der Regionen bleibt weiterhin eine Utopie. Auch die Kommunen sollten an der Gestaltung Europas mehr mitwirken können. Es geht um die Subsidiarität, das heißt,



Steinbach am Attersee

SCHREIBEN WIR GEMEINSAM NEUE SPIELREGELN FÜR EUROPA!

dass nur solche Probleme auf eine jeweils höhere Ebene gebracht werden, die wir darunter selbst nicht lösen können oder bei denen ein substantieller Mehrwert für die Gemeinschaft entsteht. Dieses Prinzip soll auf allen Ebenen wirkungsvoll umgesetzt werden. Wir brauchen somit keine europäische Zentralregierung, sondern eine Weiterentwicklung der Subsidiarität. Diese muss sowohl von Seiten der europäischen wie auch der nationalen Institutionen viel konkreter umgesetzt werden. Europa muss sich von unten europäisieren.

Die Kommunen sind die lebenswichtigen Zellen des demokratischen Organismus. Sie müssen zu Organen – den Staaten – und zu einem Organismus – das gemeinsame Europa – zusammenwachsen. Das Europäische Forum Alpbach hat, gemeinsam mit dem Gemeindebund und dem Verein „Österreich hilfsbereit“ mehrere Vernetzungstreffen organisiert, bei denen sich

hunderte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der erfolgreichen Integration von Flüchtlingen in den Gemeinden auseinandersetzen. Der Andrang und die fruchtbaren Diskussionen haben uns gezeigt, wie groß das Bedürfnis ist, - nicht nur von Politikerseite, sondern gerade auch von BürgerInnen und Freiwilligen - sich einbringen zu können und das lokale Umfeld aktiv mit zu gestalten.

Mein Fazit lautet: Was uns im Kleinen verbindet, stärkt auch die europäische Familie. Und die Digitalisierung hilft uns dabei, miteinander leichter ins Gespräch zu kommen, das Fremde kennenzulernen, und das uns Bekannte darin wiederzufinden. Die Erfahrungen mit Shitstorms und Cybermobbing zeigen uns aber auch sehr deutlich, dass wir neue Umgangsformen für die digitale Kommunikation brauchen. Abseits davon eröffnen uns die neuen Medien jedoch eine ungeahnte Welt von Mög-

lichkeiten, Konflikten mit den richtigen Worten zu begegnen. Wir müssen es schaffen, die Errungenschaften der Aufklärung in das digitale Zeitalter zu transferieren. Mit ihr erhalten wir das nötige Werkzeug, den Widersprüchen der Gegenwart ohne Furcht, doch mit gesunder Skepsis und Vernunft zu begegnen.

Franz Fischler, 70,
ist seit 2012 Präsident des Forums Alpbach. Er war österreichischer Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und EU-Kommissar für Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raumes und Fischerei. Von 2005 bis Ende 2011 war Franz Fischler Präsident des Ökosozialen Forums.



Mirjam Dondi
Leiterin des Besuchs- und Informationsdienstes der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel

EUROPA AM LEBEN ERHALTEN!

Ist die Europäische Union eine Patientin, die auf der Intensivstation liegt?

Statt aufrecht und dynamisch durch die Welt zu schreiten, schleppt sich die Europäische Union seit mehreren Jahren von regelmäßigen Schwächeanfällen geplagt, durch eine Welt des Umbruchs. Wenn man den derzeitigen Zustand Europas anschaut, möchte man rufen: Vorsicht, zerbrechlich! Die vielen gleichzeitigen Krisen und Herausforderungen setzen ihr zu: Der BREXIT, die Turbulenzen in der Eurozone, die Bankenkrise, die Griechenlandkrise, das geringe Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten, die hohe Arbeitslosigkeit, und die Wanderungsbewegungen von Flüchtlingen nach Europa und Terrorismus als Folge von Radikalisierung, setzen das europäische Projekt unter Druck. Dazu kommt ein zunehmender Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Parteien und Institutionen sowohl auf nationaler als

auch auf europäischer Ebene. Quer durch Europa gibt es eine immer größer werdende Kluft zwischen Pro-Europäern und Nationalisten. Rechtspopulistische Parteien propagieren nationale Alleingänge und vereinfachen radikal sehr komplexe Zusammenhänge. Tragbare, nachhaltige Lösungen bieten sie zwar nicht an, dafür aber emotionsgeladene Überschriften und holen damit verunsicherte Wählerinnen und Wähler ab.

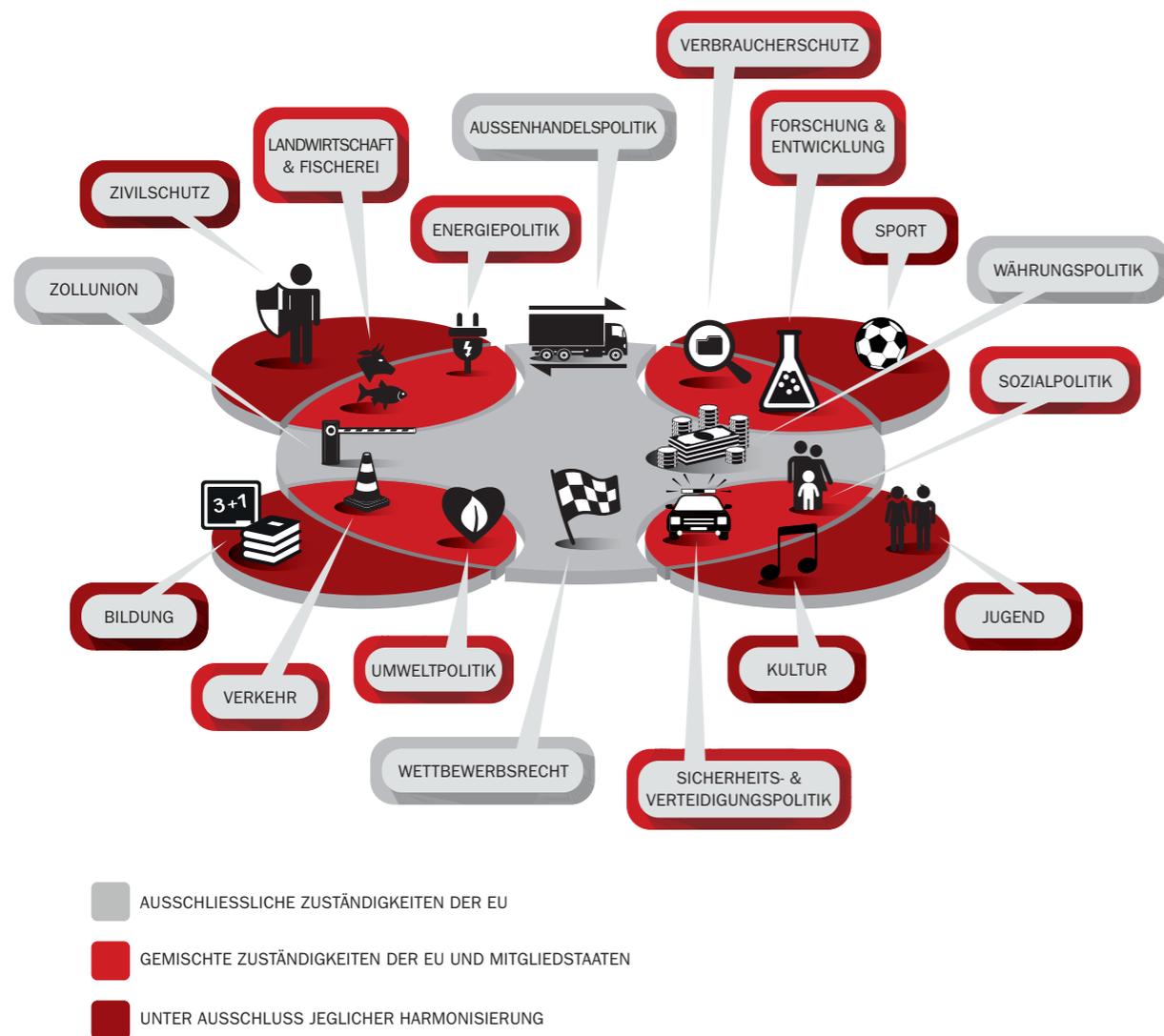
Aus diesem Grund wäre es ratsam, das Thema EU selbstbewusst und offensiv anzugehen und das Bild der EU in Österreich mittels effizienter Kommunikation richtig zu stellen. Eine der wenigen guten Seiten des britischen Referendums über den BREXIT ist, dass der Bruch der Briten mit dem Kontinent den in der EU verbleibenden Bürgerinnen und Bürgern anschaulich illustriert, was es bedeutet Unionsbürger der EU zu sein oder eben nicht. Das Chaos im Vereinigten Königreich, die wirtschaftlichen Turbulenzen,

die Abwertung des britischen Pfunds, der negative Ausblick auf die Wirtschaftsentwicklung, Einbußen beim Wirtschaftswachstum, Einbußen bei Investitionen ausländischer Firmen und bei Arbeitsplätzen sowie höhere Steuern haben den Europagegnern anderer Länder den Wind aus den Segeln genommen. Die Anzahl der Austrittsbefürworter hat angesichts des plastischen Beispiels von Großbritannien auch in Österreich und anderen EU-Mitgliedstaaten abgenommen. Meinungsforscher sprechen bereits von einem „Brexit-Effekt“. Das bedeutet aber noch nicht, dass gleichzeitig die Zustimmung zur Europäischen Union gestiegen ist. Hier gibt es noch viel Handlungsbedarf.

Ja, es stimmt, die EU ist durch viele Krisen gebeutelt und hat zurzeit ein sehr geschwächtes Immunsystem. Sie bräuchte dringend eine Vitaminkur und muss schauen, wie sie wieder auf die Füße kommt. Damit es unserer Europäischen Union in

ZUSTÄNDIGKEITEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Kompetenzverteilung in der EU



Quelle Bundeszentrale für politische Bildung, 2009

EUROPA AM LEBEN ERHALTEN!

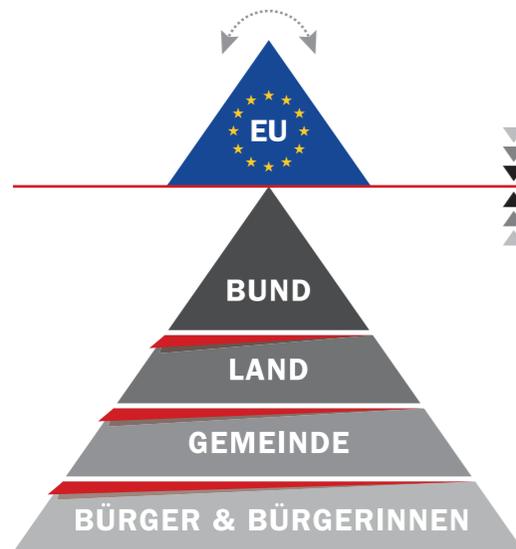
ihrer Gesamtverfassung wieder besser geht, braucht sie mehr Akzeptanz, Wertschätzung und Vertrauen in der Bevölkerung. Vertrauen ist überhaupt der Kitt, der eine Gesellschaft zusammen hält und der Sauerstoff für alle politischen Ebenen und Initiativen. Es mangelt an Vertrauen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die Bürger vertrauen nicht mehr ihren Volksvertretern und auch die unterschiedlichen Politikebenen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden liegen oft im Clinch. Wie kann Vertrauen wieder hergestellt werden? In diesen turbulenten Zeiten ist dies die für mich wohl brennendste Frage. Meiner Meinung nach sind die Grundbedingungen für die Schaffung von Vertrauen Ehrlichkeit und Verlässlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen den Mehrwert der Europäischen Union spüren, erleben und erkennen können.

Es gibt aber ein großes Wahrnehmungsproblem. Wenn man in den Medien von der EU liest

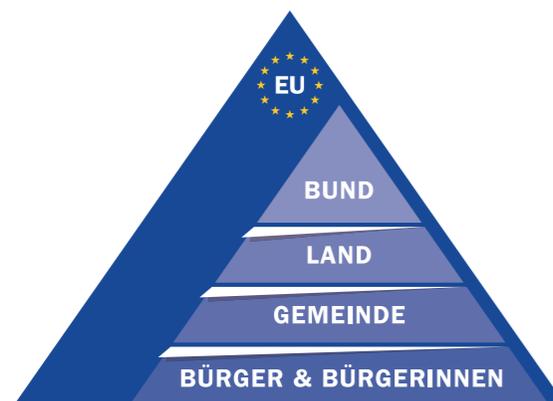
versteht die Bevölkerung meist „die Europäische Kommission“ darunter, die vielfach als Feindbild der Mitgliedstaaten hochstilisiert wird. Das Meinungsbild wird durch viele Politiker und Boulevardmedien so geprägt, dass die „EU“ insgesamt nicht gut wegkommt, weil sie „nichts zusammenbrächte“. Niemand widerspricht hier und ein negatives Zerrbild verfestigt sich in den Köpfen der Bürger. Und wo Informationen fehlen, wachsen die Gerüchte und Mythen, die dann hartnäckig im Umlauf bleiben. Wichtiger denn je ist, aus meiner Sicht, jetzt über Europa neutral und wertfrei zu reden und den Menschen die Zusammenhänge zu erklären. Eine umfassende Europa-Information ist definitiv das Gebot der Stunde. Ich finde es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Aufgaben, den Aufbau und die Alltagsarbeit der EU und ihrer Institutionen Bescheid wissen. Wenn die Bevölkerung die Mechanismen, Entscheidungsprozesse und die unterschiedlichen Zuständigkei-

ten besser verstehen würden, dann verlöre „Brüssel“ die ihr zugeteilte Sündenbockfunktion. Damit könnten Politiker auch nicht mehr so leicht eigene Versäumnisse „der EU“ umhängen, wie das häufig der Fall ist. Kundige Bürger würden diese Mechanismen durchschauen, weil sie über die unterschiedlichen Kompetenzen zwischen EU und ihren Organen und jenen der Mitgliedstaaten Bescheid wüssten. Sie könnten erkennen, wenn im eigenen Land das sogenannte „gold plating“, das viel strengere Umsetzen von Richtlinien als verlangt, gehandhabt wird. Bei einem größeren Kenntnisstand der Bürger über EU-Zusammenhänge, würden auch halbherzige Stellungnahmen von heimischen Politikern zu EU-Themen nicht mehr genügen.

In der heutigen Zeit des Umbruchs, der Globalisierung und Digitalisierung sind viele Bürgerinnen und Bürger orientierungslos geworden. Die globalen Herausforderungen erscheinen



„Die EU hat entschieden“



„Wir haben gemeinsam entschieden.
Wir sind die EU“

zu groß, die Politik zu ohnmächtig und man hat kaum Überblick über die Zuständigkeiten der verschiedenen Politikebenen.

In der Europäischen Union gibt es folgende Kompetenzverteilung:

- ausschließliche Zuständigkeiten der EU, wie zum Beispiel der Außenhandel
- gemischte Kompetenzen der EU und ihren Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel in der Forschungspolitik
- Zuständigkeiten, die unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten stehen, das heißt, dass sie ausschließlich in nationaler Kompetenz liegen. Wie beispielsweise die Bildungs-, Jugend- oder Kulturpolitik

Viele Europäer haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Für die Arbeitslosigkeit in

einem Mitgliedsland ist aber nicht die EU verantwortlich. Die Mitgliedstaaten betrachten zwar ihre Wirtschaftspolitik als eine gemeinsame Angelegenheit und koordinieren sie im Rat. Die Sozial- und Bildungspolitik steht unter Ausschluss jeder EU-Harmonisierung. Trotzdem wird die Europäische Union für die hohe Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Es ist aber nicht jedes Problem in Europa ein europäisches Problem.

Es ist immer leichter, eine Opferrolle einzunehmen und die Verantwortung auf andere abzuschieben. Die Gemeinden schieben bei Unzufriedenheit die Schuld aufs „Land“, die Bundesländer auf den „Bund“ und die Bundespolitiker eben gerne auf die „EU“. Dabei ist die Europäische Union ständig versucht, ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen von Nationalstaaten und der Gemeinschaft aller Mitgliedstaaten und ihren 510 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern zu finden.

Mehr Bindungskraft entwickeln!

Wie können wir innerhalb der EU wieder mehr Bindekraft entwickeln um den Zentrifugalkräften Einhalt zu gebieten? Wir müssen die EU von unten her stärken und sie konsequent in jede Politikebene integrieren. Ich möchte das gerne anhand nebenstehender

Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich mit ihrer Gemeinde, ihrem Bundesland oder ihrer Region und bestenfalls noch mit der bundesstaatlichen Ebene. Bei dieser traditionellen Pyramide, mit den Bürgern an der Basis und dem „Bund“ an der Spitze, wirkt die EU wie ein zusätzlich aufgesetztes Element. Wie in der Grafik dargestellt, ist in diesem Fall das Projekt EU instabil, wackelig und anfällig. Die Trennlinie symbolisiert, dass „die EU“ als etwas Fremdes empfunden wird und eine Identifikation und emotionale Bindung zwischen der EU-Ebene mit den Bürgern nicht stattfindet. Auch die Kommunikation zwischen der „aufgesetzten

EUROPA AM LEBEN ERHALTEN!

EU“ und dem Rest der Pyramide ist blockiert. Die EU kommt nicht bei den Bürgern an, die Bürger erreichen die EU nicht. Das Bewusstsein, selbst Teil davon zu sein, ist nicht weit verbreitet. Entscheidungen werden als „Die EU hat entschieden“ wahrgenommen und als oktroyierte Vorschriften empfunden.

Wie könnte man diese Situation verbessern? Durch mehr Beteiligung und einem positiven Bekenntnis aller politischen Akteure auf allen Ebenen, Teil der Europäischen Union und auch Teil des Entscheidungsfindungsprozesses zu sein.

Wie die zweite Grafik zeigt, ist eine Pyramide, die Europa in alle Entscheidungsebenen integriert, ein wesentlich stabileres Unterfangen. Es sind nicht „die in Brüssel“, die über die Köpfe der Österreicher und Österreicherinnen entscheiden, sondern wir sind von Anfang bis Ende bei EU-Entscheidungsfindungsprozessen involviert und es müsste

EUROPA AM LEBEN ERHALTEN!

folgerichtig heißen: „Wir haben gemeinsam entschieden. Wir sind die EU!“

Wenn man künftig über die EU spricht, dann soll die allgemeine Auffassung nicht mehr, „die in Brüssel“ sein, sondern damit automatisch ein „die EU, das sind wir“ assoziiert werden. Es ist auch Aufgabe der Politik und vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, das entstellte und verzerrte Bild von der EU richtig zu stellen.

Europa besser zu kommunizieren kann nur gelingen, wenn sich alle dazu selbst verpflichten. Es genügt nicht, Europa von Brüssel aus zu kommunizieren. Hunderte von EU-Mythen müssen wie Seifenblasen zerplatzen. Wir brauchen ein Europa, das verbündet und nicht teilt! Wir müssen aufzeigen, was uns eint, nicht was uns trennt. Dafür braucht unsere Europäische Union gute Kommunikatoren, die mit Begeisterung Menschen Orientierung geben und ihnen die EU und ihre

Errungenschaften begreifbar und erlebbar machen können.

Die Lokale Ebene ist die Wichtigste!

Unsere EU braucht „Botschafter“ die an Schulen als Europa-Beauftragte und in Gemeinden als Europa-Gemeinderäte aktiv sind. Das oft als abstrakte und weit weg empfundene „Brüssel“ muss ganz nah an die Bürgerinnen und Bürger geholt werden. Europa-Gemeinderäte können als Ansprechpartner in den Gemeinden der EU ein Gesicht geben und wichtige Informationsarbeit leisten. Sie sollen bestehende Missverständnisse über Kompetenzen der EU ausräumen und ihren Mitbürgern am Stammtisch oder am Marktplatz erklären können, was ihnen die EU tatsächlich bringt, wie zum Beispiel Friede, Reisefreiheit, den Euro, Exportchancen, Arbeitsplätze oder Erasmus. Die EU hat es geschafft, junge Demokratien zu stabilisieren. Bürgerinnen und Bürger sollten verstehen, welchen weiten Weg die

EU seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schon gegangen ist und dass wir bei aktuellen und zukünftigen Herausforderungen nur gemeinsam vorankommen und nicht der Illusion anhängen, dass Österreich außerhalb der EU besser dran wären.

Mehr Applaus für die EU

Die EU hat noch viel Potenzial, das nicht gehoben wird. Warum können wir die Europäische Union nicht wie eine Tankstelle der Ideen betrachten. Andere Länder stehen vor denselben oder ähnlichen Herausforderungen, andere haben schon Lösungsansätze entwickelt. Brüssel kann wie ein riesiger Marktplatz gesehen werden, wo Herausforderungen auf gute Beispiele und Lösungsansätze stoßen und wir voneinander lernen können. In manchen Bereichen ist beispielsweise Österreich Vorbild für andere Länder, wie zum Beispiel beim dualen Ausbildungssystem und der damit verbundenen relativ niedrigen Jugendarbeitslosigkeit.

Was für ein Europa wollen wir?

„Europa muss sich neu erfinden“, tönt es insbesondere nach der BREXIT-Abstimmung von allen Seiten. Alle reden von Subsidiarität, dabei hat der Vertrag von Lissabon bereits eine strengere Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gebracht. Die EU kann nur dann tätig werden, wenn eine bestimmte Zielsetzung weder auf lokaler, regionaler noch nationaler Ebene erreicht werden kann. Vor jedem Gesetzesvorhaben muss die Europäische Kommission eine Auswirkungsanalyse vorlegen, in der sie darlegt, warum sie sich nach Prüfung anderer Optionen für einen Vorschlag auf europäischer Ebene entschieden hat. Aus meiner Sicht wäre künftig der Fokus darauf zu richten, welchen konstruktiven Beitrag die jeweilige Politikebene für die EU, die wir ja alle sind, leisten kann. Was nämlich auch stimmt ist, dass die EU nur so stark sein kann, wie die Mitgliedstaaten sie stark sein lassen. Die Schwäche der EU ist, dass alles, was in

Brüssel bzw. Straßburg gemeinsam entschieden wurde, davon abhängt, wie die Mitgliedstaaten gemeinsam getroffene Entscheidungen umsetzen und die fehlende oder mangelhafte Umsetzung gemeinsamer Beschlüsse ist in Wirklichkeit das größte Übel der EU.

Mein Europa von Morgen

- **ist von unten her gewachsen und gestärkt**
- **wird von den Bürgerinnen und Bürgern gelebt, verstanden und wertgeschätzt**
- **wird von Politikern aller Ebenen erklärt und die gemeinsamen Errungenschaften und Erfolge werden von ihnen aufrichtig kommuniziert**

Die EU können wir nur dann wieder beleben und ihr neuen Schwung verleihen, wenn wir das kurzsichtige Denken bei Seite lassen. Auch um den Populisten den Raum für Polemik zu

nehmen. Menschen müssen sich in der EU gut aufgehoben fühlen. Der BREXIT gibt den in der EU verbleibenden Menschen dieses Gefühl. Europa ist stärker, wenn es zusammenhält.

Mirjam Dondi, 45,
leitet den Besuchs- und Informationsdienstes der ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union.



Ulrike Böker
Landtagsabgeordnete
in Oberösterreich

HELDINNEN DES ALLTAGS AN DIE MACHT!

„Frauen tragen die Hälfte des Himmels“
(chinesisches Sprichwort)

„Dessen seid sicher: Rechte ohne Macht bedeuten nichts. (...) Nur durch eine aktive Mitwirkung an der Gesetzgebung könnt ihr eure Rechte als Mutter, Gattin, Erwerberin erfolgreich wahrnehmen.“
(Hedwig Dohm,
Erziehung zum Stimmrecht der Frau, um 1908)
(Aus: Hannelore Schröder (Hrsg.),
Die Frau ist frei geboren.
Texte zur Frauenemanzipation
Bd. II: 1870 – 1918
München 1981)

Der doch sehr lange Lebensabschnitt in der Kommunalpolitik hat mich vieles gelehrt, zwölf Jahre als Bürgermeisterin, davor sechs Jahre im Gemeinderat. Dieses Amt hat mir unter anderem aufgezeigt, wie wichtig es ist, die weibliche Komponente in diese sehr machtvollen Position einzubringen. Ich bin keineswegs die Vertreterin derjenigen, die

meinen, dass Frauen „besser“ seien als Männer, nein, Frauen haben andere Kompetenzen und diese haben in der Politik ihren Platz zu finden, damit die Waage des Friedens austariert werden kann. Frieden kann nur entstehen, wenn die Lebensaufgaben von der Betreuung unserer Kinder bis hin zum Führen einer Kommune, eines Staates, ganz egal wo auf dieser Welt, zwischen Männern und Frauen ausgewogen aufgeteilt werden.

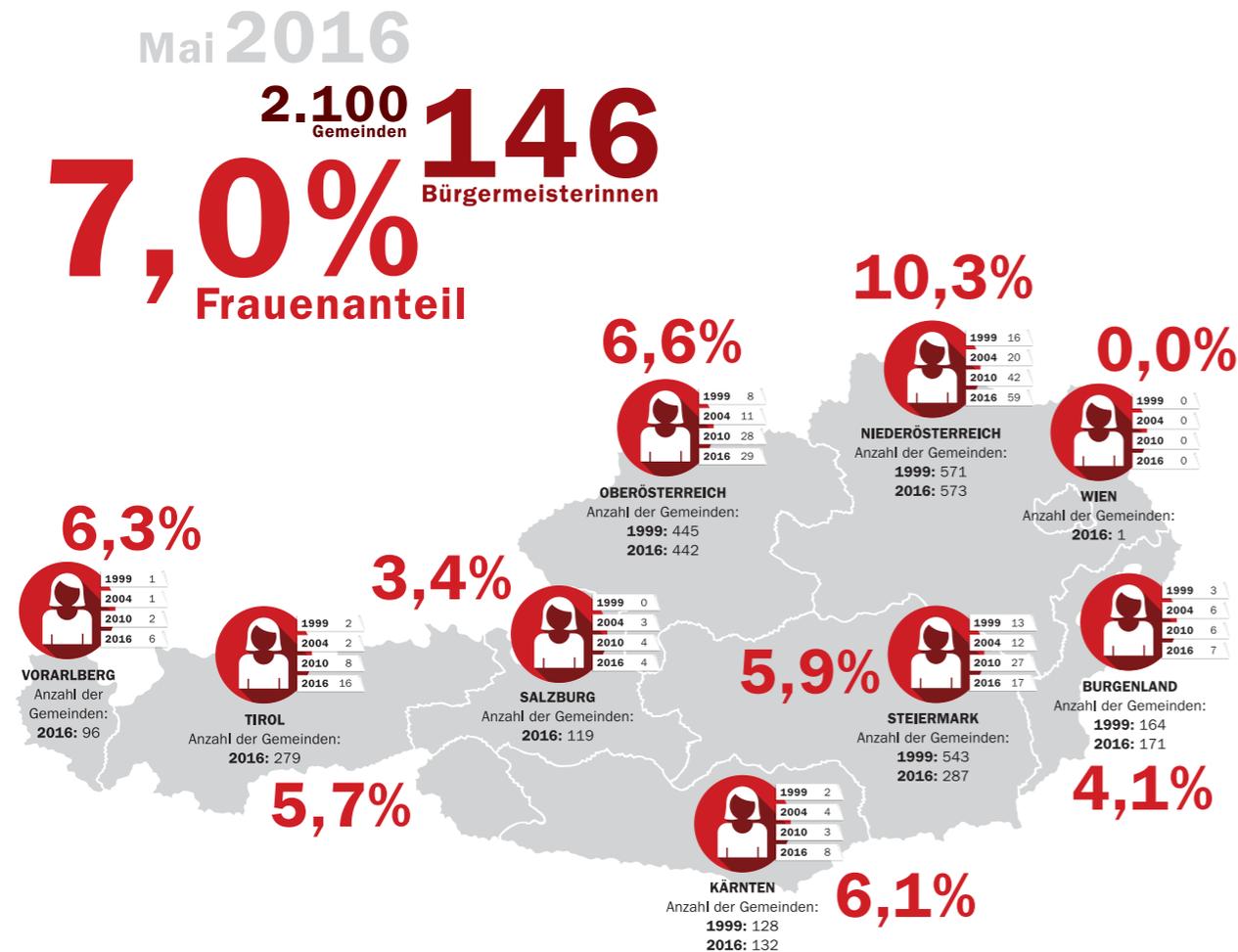
Wenn man in der Geschichte zurück blickt, dann stellt man fest, dass Kriege zumeist von Männern entschieden und geführt wurden. Ich bin fest davon überzeugt, dass bei einem gemeinsamen Regieren viele dieser „Schlachten“ verhindert hätten werden können. Vielleicht klingt das aus der „Feder“ einer Frau ein wenig überheblich, aber ich wäre längst nicht mehr in der Politik, wäre diese historische belegte Aussage nicht mein Antrieb, in einer Welt mit so vielen Konflikten mitzuhelfen, diese im

Dialog auf friedliche Art und Weise zu lösen.

Leider sind wir von einer gerechten und ausgewogenen Aufteilung aller Lebensaufgaben noch weit, weit entfernt. Wie wir in den Medien, bei hochkarätig besetzten Diskussionsrunden und weltweiten Gipfeltreffen beobachten können, insbesondere in den Feldern der Politik, der Finanzen, des Bauens oder in der Wirtschaft selbst, sind die „grauen Anzugträger“ im Überhang, mit der einen oder anderen Frau dazwischen, wenn überhaupt. Auch beim Österreichischen Gemeindebund, beim G7 Gipfel, in der OÖ Landesregierung (ups da hat sich ja Ende Juni etwas geändert), bei Bürgermeister(innen)konferenzen und in vielen anderen wichtigen Netzwerken! Wir haben viel zu tun um diese Bilder zu verändern, sie bunter, vielfältiger und damit ganzheitlicher zu machen. In der Ausübung des Bürgermeister(innen)amtes hat man großen Einfluss auf die Art und

BÜRGERMEISTERINNEN

in Österreich 2016



Erste Bürgermeisterin Zenzi Hölzl war von 1948 bis 1958 Bürgermeisterin in Gloggnitz.

Erste Bürgermeisterin einer Landeshauptstadt Hilde Zach war von 2002 bis 2010 Bürgermeisterin von Innsbruck.

Quelle: Gemeindebund

HELDINNEN DES ALLTAGS AN DIE MACHT!

Weise wie Entscheidungen entstehen. In dieser Funktion ist frau Mentorin, Moderatorin, Managerin, Motor, Beichtmutter, Trösterin und vor allem Entscheiderin. Die Kommunen sind die kleinsten Einheiten im Staatsgefüge und tragendes Fundament für das gesamte Staatsgefüge. Ein Fundament besteht beim Bau eines Hauses aus verschiedenen Materialien, die gemeinsam die nötige Festigkeit und Stabilität gewähren um das Haus über lange Jahre tragen zu können. Genauso verhält es sich mit dem Fundament eines Staates, Männer alleine können dieses Fundament nicht bilden, es braucht dazu die zweite, die andere Hälfte. Ein Haus benötigt auch ein Dach und ein chinesisches Sprichwort sagt: „Frauen tragen die Hälfte des Himmels“. Das Dach einer Gemeinde, eines Staates, der gesamten Welt ist der Himmel, den wir zu tragen haben. Wenn wir dies alles ernst nehmen, dann müssen wir dringende Maßnahmen setzen, damit die Hälfte der Frauen 50 % der

Kommunen anführen. Die Weltbevölkerung besteht aus 52 % Frauen und 48 % Männern, eigentlich sollten wir die 52 % anstreben.

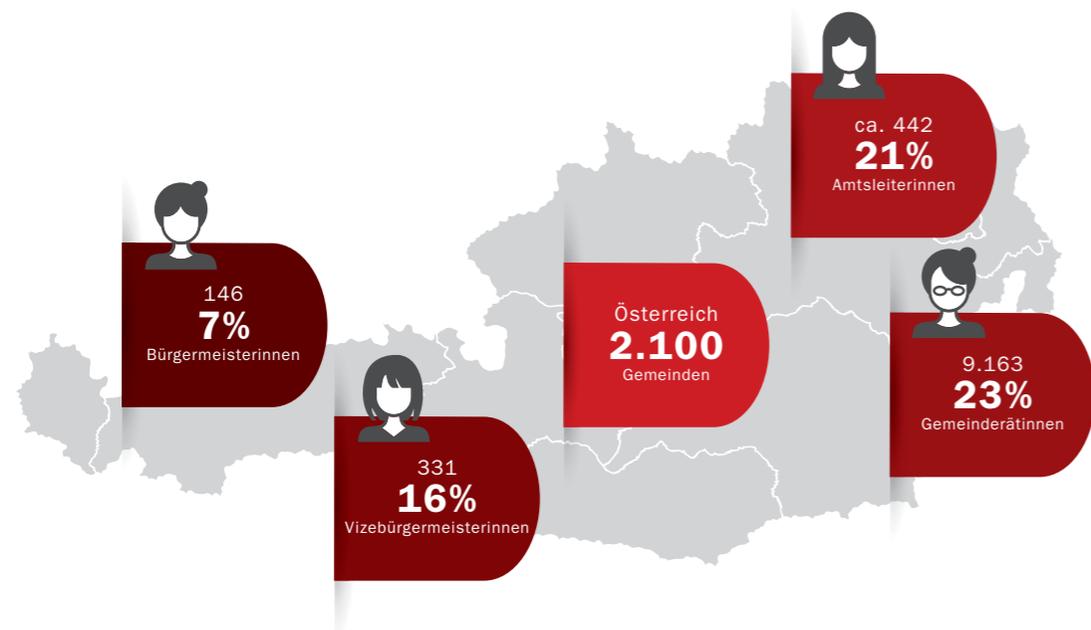
Beim alljährlich stattfindenden Bürgermeisterinnentreffen trifft eine stattliche Anzahl von Bürgermeisterinnen aus Österreich zusammen. Der Gründungsgedanke vor mehr als zehn Jahren war einerseits der Austausch untereinander, das Arbeitsumfeld, die Region der jeweils Einladenden mit Lust und Freude kennen zu lernen, gemeinsame Forderungen zu diskutieren und an die Öffentlichkeit zu bringen und damit mehr Frauen zu motivieren sich für dieses Amt zu begeistern. Heuer hat das Treffen am Ursprungsort in Stuhlfelden im Pinzgau stattgefunden. In Österreich gibt es derzeit 2100 Gemeinden. 146 davon werden von einer Frau als Bürgermeisterin geführt, das sind beschämende sieben Prozent und das im 21. Jahrhundert? Ja - die Zahl der Bürgermeiste-

rinnen hat sich in den letzten Jahren schon erhöht, waren doch 1999 nur 45 Frauen an der Spitze einer Gemeinde, doch wir sind weit, weit weg von der Hälfte!!! Fakt ist, dass die Zahl der Bürgermeisterinnen seit Jahren eher gleich bleibt. 2003 wurde ich zur Bürgermeisterin gewählt, ich war damals die einzige im gesamten Mühlviertel und trat in eine für mich ungewohnte Männerwelt ein, in der ich jedoch meinen Platz recht schnell fand.

Worin liegen die Gründe? Sicherlich spielt die geschichtliche Entwicklung eine große Rolle. Das Patriarchat der letzten Jahrhunderte, die klar zugeordneten Rollenverteilungen sind in Mustern festgeschrieben. Oft ist der daraus entstandene Mangel an Selbstvertrauen von Frauen zur Übernahme eines derart verantwortungsvollen und machtvollen Amtes mit ein Grund. Oder sind Frauen zu selbstkritisch, stellen sie einen zu hohen Anspruch an sich selbst, oder sind die Rahmenbedingungen, wie

FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

in Österreich 2016



	Gemeinden	Davon Bgminnen	Vize Bgminnen	Amtsleiterinnen	Gemeinderäte Gesamt	Davon Frauen	%
Burgenland	171	7	22	43	3.142	743	23,6%
Kärnten	132	8	11	30	2.495	571	22,9%
Niederösterreich	573	59	81	162	11.847	2.757	23,3%
Oberösterreich	442	29	66	60	9.540	2.361	24,7%
Salzburg	119	4	20	13	2.116	439	20,7%
Steiermark	287	17	58	52	5.088	1.103	21,7%
Tirol	279	16	25	61	3.738	784	21,0%
Vorarlberg	96	6	19	21	1.779	368	20,7%
Wien	1	0	1	0	100	37	37,0%
Summe	2.100	146 (7%)	331 (15,8%)	442 (21%)	39.845	9.163	23%

Quelle: Gemeindebund

HELDINNEN DES ALLTAGS AN DIE MACHT!

z.B. Sitzungszeiten zu ändern? Es ist an der Zeit, aus diesen Mustern auszusteigen, denn gerade in Zeiten der geschürten Ängste, der vielen Konflikte, der Klimaveränderungen in dieser globalen Welt brauchen wir die Kompetenzen der Frauen in den machtvollen Positionen.

Ein weiterer Grund ist sicher auch in der heute noch dominierenden Doppelbelastung von Frauen zu finden. Sie sind es, die zumeist noch immer die Familien-, Pflege-, Haushalts- und Betreuungsarbeit von Kindern, Eltern etc. übernehmen und dadurch die Kapazität für politische Arbeit sehr eingeschränkt vorhanden ist. Ich selbst habe vier Kinder, mittlerweile sechs Enkelkinder. Als ich 2003 Bürgermeisterin wurde war mein jüngstes Kind zwölf Jahre alt und ich versuchte beides gut zu vereinen. Und selbst wenn frau beide Bereiche souverän in einer Person vereint, bleibt doch immer das nagende, schlechte Gewissen, etwas vernachlässigt

zu haben. Ich kenne das zu gut! Das Wort „Rabemutter“ wurde mir zwar nie direkt ins Gesicht gesagt, aber in den Augen so mancher konnte ich es sehr wohl ablesen. Und mein damals zwölf jähriger Sohn sagte nach der siebten, „eh nur kurzen Frage“ von Bürger/innen beim Einkaufen, dass er mit mir sicher nicht mehr einkaufen gehen werde.

Kritisch zu hinterfragen ist auch die Akzeptanz von Frauen untereinander, die nicht immer gegeben ist. Frauen werden oftmals von Frauen kritischer beäugt, als von Männern. Ihnen wird oftmals Wichtigtuerei oder bei Bürgermeisterinnen mit Kindern Vernachlässigung, Egoismus, Karrierestreben etc. vorgeworfen. Einen solchen Fall gab es doch tatsächlich in Vorarlberg in der Gemeinde Egg, aber nicht, wie man meinen könnte Anfang des letzten Jahrhunderts, nein im Jahr 2016!! Eine Bürgermeisterin, die sich das Amt mit drei Kindern zugetraut hatte, hielten

mehrere Egger Bürger/innen allein aufgrund der Tatsache, dass sie Mutter von drei kleinen Kindern ist, für das Amt der Bürgermeisterin für ungeeignet. Das wurde ihr gegenüber zum Ausdruck gebracht und auch gar nicht weiter nachgefragt, wie sie sich die Praxis vorstelle. Hat schon jemand einen Mann gefragt, wie er das Amt mit der Familienarbeit unter einen Hut bringt?

Frauen gelten im traditionellen Geschlechterbild oft als das schwächere Geschlecht. Gefühlvoll, sensibel, mitfühlend sind wohl keine Charaktereigenschaften, welche einen Mann und schon gar nicht einen Bürgermeister beschreiben würden. Diese Eigenschaften sind Standards einer Durchschnittsfrau. Sich um Mitmenschen zu sorgen und um deren Wohl bedacht zu sein, könnte eine der besten Eigenschaften und Voraussetzungen sein, die eine Bürgermeisterin mit sich bringen kann. Darf man als Bürgermeisterin Gefühl-



Mötz

le zeigen? Es heißt doch, man braucht einen „breiten Buckel“ man muss abgehärtet sein, man darf nicht alles in sich hinein lassen. Ja, es ist schon richtig, man muss lernen mit Konflikten umzugehen, man muss NEIN sagen könnten, man muss dabei mit Angriffen, die bis ins Persönliche gehen, rechnen. Und es ist richtig, man darf nicht alles ganz tief in sich hinein lassen. ABER man darf die Emotion, die Empathie, die eigenen Gefühle, und vor allem die Authentizität nicht verlieren. Ein Gemeinderat sagte mir einmal brühhwarm ins Gesicht: „In der Politik gibt's keine Dankbarkeit“. Es MUSS Dankbarkeit, Freude, Trauer, Wut und Heiterkeit in der Politik geben, nebst der Vernunft, der Klarheit, der Transparenz, dem Engagement und vor allem mit einer den Menschen dienenden Haltung. Diese Mischung ist leider nur noch selten zu finden, die sogenannten „Spindoktoren“ haben sehr oft aus vielleicht ursprünglich sehr authentischen Menschen Einheitspolitiker geformt.

Zwölf Jahre Bürgermeisterin in der Marktgemeinde Ottensheim liegen hinter mir. Lustvoll und engagiert, selbstverständlich auch mit einer Portion Mühsal habe ich die Arbeit in der Kommunalpolitik erleben dürfen. Einer Gemeinde mit so vielen innovativen Geistern, mit starker Bürgerbeteiligung, mit Menschen, die sich auf Experimente einlassen, mit Freiwilligen, die Menschen auf der Flucht unterstützen und sie in ihrem neuen Umfeld annehmen, einer Gemeinde, wo die Baukultur eine bedeutende Rolle spielt, die den wichtigen Impulsen aus Kunst und Kultur vertraut, wo meine Grundprinzipien der politischen Arbeit Transparenz und Offenheit ganz vorne stehen – zwölf Jahre lang vorstehen zu dürfen, ist etwas ganz besonderes. Ich bedaure keinen einzigen Tag in diesem Lebensabschnitt und kann vieles davon für meine neue Herausforderung als Abgeordnete im OÖ Landtag gebrauchen. Ich bin nicht ganz freiwillig aus dem Amt geschieden, ich hatte

59 Stimmen bei der Stichwahl zu wenig. Ich war enttäuscht, ein klein wenig zornig und traurig ob dieser knappen Entscheidung, aber ich bin eine, die sich im Leben neuen Herausforderungen immer wieder neugierig stellt.

Bei all den Ermutigungen – Frauen in die Politik - müssen gleichzeitig noch viele Fragen rund um das Amt geklärt werden. Was ist wenn sie nicht mehr gewählt werden, wie sind die sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen? Wie ist die finanzielle Absicherung? Fragen gibt es derer noch genug. Was aber ist, wenn man/frau vorher in der Privatwirtschaft gearbeitet hat, wo ist dann der nächste Job? Fragen dieser Art gelten selbstverständlich für beide Geschlechter, und wir müssen Antworten dafür finden.

Ich möchte allen Frauen Mut machen wirklich einzusteigen, sich einzulassen und vor allem sich zuzutrauen machtvoll Positionen in der Politik zu überneh-

HELDINNEN DES ALLTAGS AN DIE MACHT!

men. Das beginnt bereits im Gemeinderat, in dem Frauen wie es vielerorts selbstverständlich ist, Mitglieder in den Ausschüssen für Soziales oder Kultur werden. Frauen, nehmt Platz in den zumeist von Männern dominierten Ausschüssen, wo die Fragen der Finanzen, des Bauens und der Wirtschaft diskutiert werden. Wir Frauen müssen diese Schranken überwinden, wir haben Verantwortung für die Zukunft und unsere etwas andere Sichtweise einbringen, genauso wie es die Männer in den anderen Bereichen tun müssen.

Frauen tragen, durch die Begleitung und Erziehung der Kinder schon lange große Verantwortung in der Gesellschaft. Die Tragweite dieser Verantwortung wurde und wird nie wirklich anerkannt. Es sind letztlich die Frauen, die durch die Erziehung der Kinder – die Zukunft vorbereiten und dazu benötigt es vermehrt auch die männlichen Wegbegleiter.

Verteilen wir die Macht gerecht auf beide Geschlechter, dann wird ALLES GUT - TUN WIR ES ENDLICH!

„Wir brauchen mehr Frauen in der Planung! Sie bringen Qualitäten ein, die uns Männern weniger liegen - den Weitblick, die ganzheitliche und langfristige Betrachtung und nachhaltige Orientierung.“ Diesen Satz sagte ein Mann!

Ulrike Böker, 60, ist seit 2015 Landtagsabgeordnete in Oberösterreich. 1997 war sie Mitbegründerin der Bürgerliste pro O, seit 1998 war sie Gemeinderätin und war von 2003 bis 2015 Bürgermeisterin in Ottensheim



BÜRGERMEISTERIN: VIEL ARBEIT WENIG SOZIALE ABSICHERUNG



Frauen sind auf kommunaler Ebene auf vielen unterschiedlichen Funktionen Ebenen aktiv, nicht nur als Bürgermeisterinnen: So ist jede fünfte Funktion des Amtsleiters mit einer Frau besetzt, also einer Amtsleiterin. Eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt, denn meist sorgen die Gemeindeamtsleiter/innen für Kontinuität in einer Gemeinde. Noch höher ist der Frauenanteil nur bei den Mandatsträger/innen. 23 Prozent der Gemeinderät/innen sind Frauen. Doch je höher das formelle Amt, desto weiter sinkt der Frauenanteil.

In nur noch 16 Prozent der Gemeinden gibt es eine Vizebürgermeisterin und nur 146 Frauen (sieben Prozent) haben es bis ins Bürgermeisteramt geschafft. Männliche Kollegen gibt es in dieser Funktion 1.954. Das höchste kommunale Amt ist also immer noch eine Männerdomäne, wenngleich die Zahl an Frauen, die sich dieser Verantwortung stellt, mit jedem Jahr zunimmt.

In der historischen Betrachtung sieht man: Frauen haben sich erst relativ spät bis ins Bürgermeisterinnenamt gekämpft: 1948 wurde Zenzi Hölzl, eine Trafikantin aus Gloggnitz, als erste Frau zur Ortschefin gewählt, 99 Jahre nachdem die Organisationsform der Gemeinde erstmals gesetzlich festgeschrieben wurde. Davor war sie schon einige Jahre Abgeordnete des Landtags. In ihrer kommunalen Funktion blieb sie zehn Jahre lang und erwarb große Verdienste um ihre Gemeinde. Bis es eine Frau zum ersten Mal an die Spitze einer Landeshauptstadt schafft, vergehen aber noch einige Jahrzehnte. Erst im Jahr 2002 wählte der Innsbrucker Gemeinderat mit Hilde Zach eine Frau an die Spitze der Stadt. Seitdem ist Innsbruck „weiblich“, denn Zachs Nachfolgerin ist ebenfalls eine Frau, nämlich Christine Oppitz-Plörer. Doch was sind nun die Gründe für Frauen, dieses Amt zu ergreifen oder es anzustreben? Welche Hürden sind am

höchsten oder am schwersten zu überwinden? Wie geht es den Bürgermeisterinnen, wenn sie erst einmal im Amt sind und mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen? Eine Pauschalantwort auf diese Fragen gibt es nicht. Viele Gespräche mit Amtsträgerinnen zeigen: Jede hat ihre eigene – oft sehr spezielle – Geschichte. Die öffentliche Aufmerksamkeit in dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren allerdings merkbar gestiegen, die Frage, warum noch immer so wenige Frauen in diese Ämter gelangen, wird immer häufiger gestellt.

Zum ersten Mal hat der Österreichische Gemeindebund die Bürgermeisterinnen selbst befragt. Nicht im Rahmen einer Gesamtumfrage mit ihren männlichen Kollegen, sondern als eigene Gruppe. Die Beteiligung war stark: Zwei Drittel aller Bürgermeisterinnen nahmen an der Umfrage teil. Um die Ergebnisse greifbar zu machen, haben wir eine „durchschnittliche Bürger-





BÜRGERMEISTERIN: VIEL ARBEIT WENIG SOZIALE ABSICHERUNG

meisterin“ herausgefiltert, die sich aus dem Durchschnitt der Befragungsergebnisse ergibt.

Die typische österreichische Bürgermeisterin heißt Gabriele oder Karin, das ist der häufigste Vorname unter Österreichs Bürgermeisterinnen. Sie ist 52 Jahre alt und hat als höchste abgeschlossene Ausbildung die Matura vorzuweisen.

Schon bei der Altersstruktur gibt es die erste Überraschung. Bürgermeisterinnen sind – im Vergleich zu ihren männlichen Amtskollegen – relativ alt, wenn sie ins Amt gelangen. 70 Prozent der Bürgermeisterinnen sind älter als 50 Jahre. Bürgermeisterinnen, die jünger als 40 Jahre alt sind, gibt es kaum, ihr Anteil liegt im einstelligen Prozentbereich. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen sind Frauen in diesem Amt überdurchschnittlich gut gebildet. Die Hälfte von ihnen hat Matura, fast jede vierte Bürgermeisterin verfügt über einen Hochschulabschluss.

Karin ist hauptberuflich Bürgermeisterin, verheiratet und hat zwei Kinder.

In der Gesamtbetrachtung aller heimischen Bürgermeister/innen sind hauptberufliche Amtsträger eher die Ausnahme. Bei den Bürgermeisterinnen hingegen ist der Anteil jener, die das Amt hauptberuflich ausüben deutlich höher. 46 Prozent widmen ihre gesamte Arbeitskraft dem Bürgermeisteramt und üben keinen zivilen Job aus. Jene, die das Amt nebenberuflich ausüben, haben ihren Beruf auf 21 bis 30 Wochenstunden reduziert (18 Prozent). Das ist außergewöhnlich, denn Männer haben zu 70 Prozent einen Zivilberuf und sind in ihrer Freizeit Bürgermeister. Auch die privaten Lebensverhältnisse der weiblichen kommunalen Spitzenkräfte werden durch die Gemeindebund-Daten gut dokumentiert und unterscheiden sich kaum von den Lebensverhältnissen der männlichen Bürgermeister. 81 Prozent der Bürgermeisterinnen sind verhei-

ratet, elf Prozent geschieden, zwei Prozent verpartnert. Die Scheidungsrate liegt bei Frauen messbar höher bei elf Prozent, im Gesamtschnitt von Männern und Frauen liegt diese Rate nur bei sechs Prozent.

Karin war Gemeinderätin oder Vizebürgermeisterin bevor sie an die Spitze aufstieg.

Der Karriereverlauf von Frauen in der Kommunalpolitik zeigt kaum Unterschiede zu jenem bei Männern. In den seltensten Fällen sind es Quereinsteiger/innen, die an die Spitze einer Gemeinde gelangen. Der häufigste Weg führt über den Gemeinderat. Die meisten Bürgermeisterinnen gaben an, dass sie vor ihrem Amt schon Gemeinderätin, Stadträtin, geschäftsführende Gemeinderätin oder Vizebürgermeisterin waren. Auch Parteifunktionen zählen zum Rüstzeug für das Amt und werden zumeist schon über Jahre hinweg ausgeübt, bevor man ins höchste Amt der

KARIN Bürgermeisterin



Quelle: Bürgermeisterinnen-Umfrage des Österreichischen Gemeindebundes 2016

BÜRGERMEISTERIN: VIEL ARBEIT WENIG SOZIALE ABSICHERUNG

Gemeinde gelangt. In diesem Punkt unterscheiden sich Frauen und Männer kaum.

Nur wenige Frauen streben das Amt aktiv an.

Eine der Kernfragen kommunalpolitischen Engagements ist die Frage: Warum strebt jemand dieses Amt überhaupt an? Die Antwort der Frauen darauf lautet: Das Amt wird mehrheitlich gar nicht angestrebt (44%). In den meisten Fällen hat es sich für Frauen „so ergeben“, dass sie Bürgermeisterinnen wurden. Kaum eine Frau arbeitet aktiv darauf hin, Bürgermeisterin zu werden. Rücktritte von Vorgänger/innen, überraschende Wahlsiege und das akute „darum gebeten werden“, sind die wesentlichen Motive für Frauen, in dieses Amt gewählt zu werden. Bei Männern ist das anders. 44 Prozent der männlichen Amtsinhaber wollten aktiv Bürgermeister werden, bei Frauen liegt dieser Wert bei nur elf Prozent. Große Unterschiede

gibt es auch beim „überredet werden“, ein häufigeres Motiv als man annehmen würde: Während elf Prozent der Frauen angaben, dass dies der Grund für die Kandidatur war, sagen dies 35 Prozent der Männer.

Zwei bis drei Amtsperioden – und dann zurück in den Zivilberuf oder in die Pension.

39 Prozent der Bürgermeisterinnen wollen nach zwei Amtsperioden in dieser Funktion aufhören, 27 Prozent nach drei. Danach wollen 42 Prozent in den Zivilberuf zurückkehren, aufgrund des Alters der Mehrheit der Bürgermeisterinnen steht für 33 Prozent am Ende der Funktion auch der Ruhestand in Aussicht. Elf Prozent wollen sich beruflich neu orientieren, zwei Prozent können sich aber auch vorstellen, ein anderes (höheres) politisches Amt auszuüben.

Mehr als 30 Wochenstunden fürs Amt und viel zu wenig Freizeit.

Dass das Amt sich schwer mit anderen Verpflichtungen kombinieren lässt, zeigen auch die Antworten auf die Frage, wieviel Zeit pro Woche für das Amt aufgewandt werden muss. Drei Viertel der Bürgermeisterinnen sind mehr als 30 Wochenstunden im kommunalen Einsatz, mehr als 30 Prozent sogar mehr als 50 Stunden. Dass sich das negativ auf die Freizeit auswirkt, liegt auf der Hand: 79 Prozent geben an, über zu wenig Freizeit zu verfügen.

Halbe-halbe bei der Kindererziehung, im Haushalt eher noch traditionell.

Um als Bürgermeister/in erfolgreich zu sein, braucht es auch eine starke Unterstützung von der Familie. 56 Prozent der Bürgermeisterinnen teilen sich die Familienarbeit annähernd gleichwertig mit ihren Partnern auf. Etwas anders ist die Situation im Haushalt: 40 Prozent teilen sich die Arbeit, aber auch in 40 Prozent der Haushalte muss die



Vor einigen Wochen gastierte in Alberschwende der Zirkus Habakuk. Ich besuchte mit einigen Freunden auch eine Vorstellung. Nach der Löwennummer brachte der Zirkusdirektor den Löwen Simba zurück in den Käfig. Dabei sperrte er den Käfig nicht sorgfältig zu. ...

Der Löwe sah das und brach aus dem Käfig aus. Zuerst ging der große und muskulöse Löwe in den Wald direkt neben dem Zirkus Habakuk. Dort fraß er, weil er Hunger nach seinem Auftritt hatte, ein ganzes Reh! Danach spazierte er weiter Richtung Dorfplatz. Auf dem Dorfplatz waren viele Menschen. Sogar die Bürgermeisterin sah man in dem Gedränge. Als alle den Löwen sahen, kreischten sie und rannten so schnell sie konnten in die große Kirche und in die Häuser. Nur Angelika Schwarzmann bewahrte einen kühlen Kopf. Sie nahm die Hühnerbeine die sie gekauft hatte und lockte den Löwen in die menschenleere Bank. Dort warf sie die Hühnerbeine auf den Boden, ließ den Löwen hinter sich und draußen knallte sie die Tür zu und verriegelte sie. Dann rief sie sofort den Zirkus Habakuk an. Die Angestellten kamen schnell und brachten den mit Hühnerbeinen vollgestopften Löwen wieder in den Käfig. Frau Schwarzmann wurde als Heldin gefeiert. Genau deshalb wird sie bei der nächsten Wahl wahrscheinlich wieder Bürgermeisterin. Oder? Na klar!



Diesen Aufsatz bekam Alberschwendes Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann zu Schulschluss geschenkt.



BÜRGERMEISTERIN: VIEL ARBEIT WENIG SOZIALE ABSICHERUNG

Frau immer noch den größeren Anteil übernehmen. In jeweils zehn Prozent der Fälle übernimmt der Mann den größeren Teil der Hausarbeit bzw. nimmt man Hilfe von außen in Anspruch.

Karin hat Funktionen in fünf weiteren Organisationen. Viele Abende gehen für Sitzungen drauf. Einen nicht unwesentlichen Beitrag dazu liefern auch die Versammlungen der unterschiedlichen Verbände und Vereine, in denen man qua Funktion ebenfalls Mitglied ist. Ein Viertel der Bürgermeisterinnen gibt an, in zumindest fünf Organisationen eine Funktion übernommen zu haben. Sechs Prozent sind sogar in mehr als zehn Organisationen oder Verbänden tätig.

Unzufrieden mit der sozialen Absicherung.

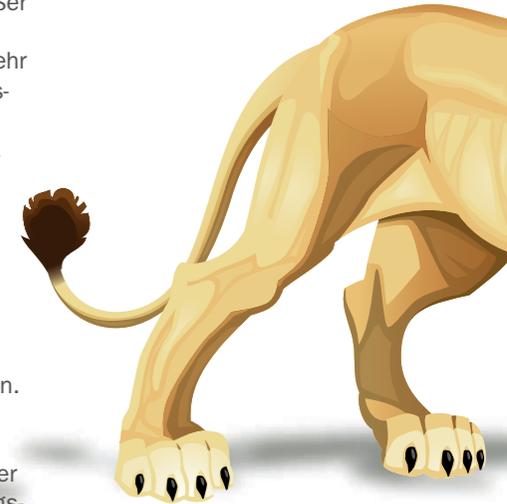
Gerade im Wissen, dass Bürgermeisterinnen ihr Amt häufig hauptberuflich ausüben und nicht ewig Bürgermeisterin

bleiben wollen, ist die soziale Absicherung ein brennendes Thema, das bei Frauen zu großer Unzufriedenheit mit den Rahmenbedingungen führt. Für mehr als 70 Prozent der Bürgermeisterinnen sind diese Bedingungen jedoch wenig bis gar nicht zufriedenstellend. Nur 26 Prozent sind mit der sozialen Absicherung zufrieden.

Dabei geht es weniger um die Aufwandsentschädigung oder Entlohnung als Bürgermeisterin. Fehlende Pensionsregelungen führen ebenso zu Unmut wie keine Karenzmöglichkeiten oder nicht vorhandene Versicherungsleistungen im Fall einer Abwahl.

Karin will gestalten, das ist ihr Hauptmotiv.

Der Gestaltungswille ist bei Frauen der Hauptgrund für die Kandidatur. Oft ist auch das Bedürfnis, einen unbefriedigenden Zustand ändern zu wollen, der Antrieb, sich in dieses





Amt wählen zu lassen. Darin unterscheidet sich die Motivlage von Männern und Frauen nicht wesentlich. Daneben spielt allerdings auch der Zufall eine große Rolle. Viele Frauen wurden einfach gefragt, von der eigenen Fraktion, von Freunden oder vom Amtsvorgänger, ob sie nicht an die Spitze der Gemeinde aufrücken wollen.

Die Summe an Motiven ist aber nicht homogen. Meist ist es eine große Vielfalt an Gründen, die Frauen zu kommunalpolitischem Engagement bewegt.

Kaum noch Anfeindungen aus der Bevölkerung.

In den letzten Monaten war sehr oft die Geschichte der Vorarlberger Gemeinde Egg in den Schlagzeilen. Dort hatte man eine Frau als Bürgermeisterin designiert. Nach zahlreichen Anfeindungen aus der Bevölkerung – man warf ihr vor, dass sie Familie und Amt nicht vereinbaren können würde – hatte sie letztlich das Interes-



BÜRGERMEISTERIN: VIEL ARBEIT WENIG SOZIALE ABSICHERUNG

se verloren und das Handtuch geworfen. Ein Ausnahmefall, wenn man den Antworten der amtierenden Bürgermeisterinnen Glauben schenkt. 81 Prozent der Bürgermeisterinnen geben an, dass sie derartiges nicht erlebt haben. Bei den 13 Prozent, die sich zu Beginn mit den Vorurteilen aus der Bevölkerung auseinandersetzen mussten, nahmen die Anfeindungen im Laufe der Zeit jedoch ab. Dass die meisten schon vor ihrer Kandidatur im Gemeinderat bzw. als Vizebürgermeisterin tätig waren, ist sicher hilfreich, denn vom Amtsvorgänger bekamen mehr als die Hälfte keine Unterstützung.

Größte Ärgernisse: Bürokratie, Überregulierung und Zeitnot. Die überbordende Bürokratie und die Regelungswut belasten die Bürgermeisterinnen im Alltag am meisten. Ein Phänomen, das mit Sicherheit Bürgermeister beiderlei Geschlechts massiv betrifft. Dazu kommt, dass die persönliche Abgrenzung zwischen Amt und Privatleben sehr

schwierig ist, was dazu führt, dass Bürgermeisterinnen die wenige „Freizeit“ noch weniger intensiv genießen können. Das Amt lässt einen nicht los, man nimmt es in die Freizeit und ins Privatleben mit herein. Ständige (telefonische) Erreichbarkeit und hohe Erwartungshaltungen in der Bevölkerung lassen Bürgermeister/innen oft nicht zur Ruhe kommen.

Fazit: Karin bleibt.

Trotz all der genannten und in der Befragung dokumentierten Schwierigkeiten und Hürden, würden die meisten Bürgermeisterinnen mit ihrem jetzigen Wissensstand jederzeit wieder für das Amt kandidieren. 78 Prozent erfüllt diese Aufgabe mit solcher Freude, dass sie die Entscheidung über eine Kandidatur genauso treffen würden wie beim ersten Antritt. Jedes Jahr im August treffen sich Österreichs Bürgermeisterinnen mehrere Tage in einer Gemeinde, um Erfahrungen aus-

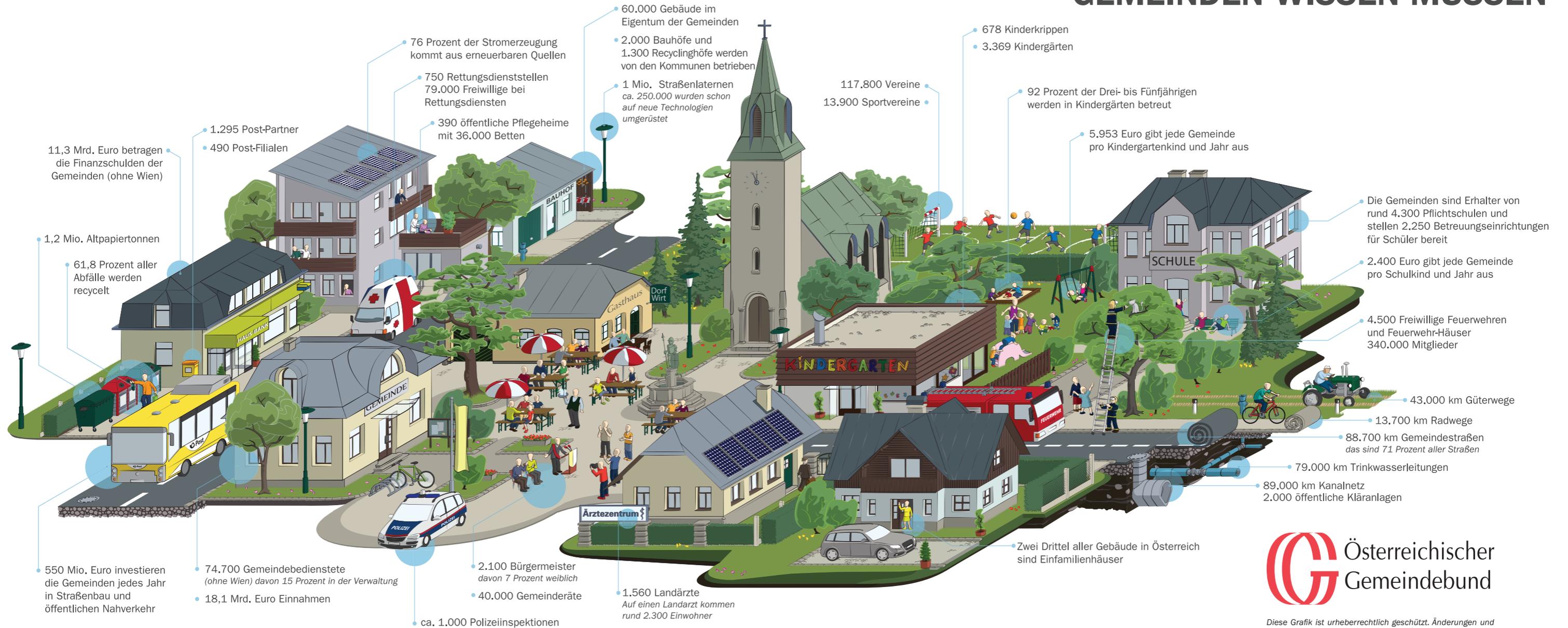
zutauschen und gemeinsame Probleme zu lösen. Heuer fand dieses Treffen zum insgesamt zehnten Mal statt, dieses Jahr in Stuhlfelden. Die Befragung wurde im Vorfeld dieses Treffens gemacht und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Carina Rumpold, 31, arbeitet seit 2010 in der Kommunikationsabteilung des Österreichischen Gemeindebundes und bei kommunalnet.at.

Daniel Kosak, 44, ist Kommunikationschef des Österreichischen Gemeindebundes und Chefredakteur von kommunalnet.at.

Alle Ergebnisse der Umfrage finden Sie auf <http://gemeindegund.at/site/news-detail/befragung-frauen-in-der-kommunalpolitik>

WAS SIE ÜBER ÖSTERREICHS GEMEINDEN WISSEN MÜSSEN



**Österreichischer
Gemeindebund**

Diese Grafik ist urheberrechtlich geschützt. Änderungen und Verwendung nur mit Zustimmung des Gemeindebundes.



Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

votr.HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)
 wHR Mag. Nicolaus DRIMMEL
 (Abt.Leiter Recht und Internationales, stv. Generalsekretär)
 Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA
 (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
 Mag. Bernhard HAUBENBERGER
 (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
 Daniel KOSAK
 (Abt.Leiter Kommunikation & Medien, Pressesprecher)
 Sabrina NEUBAUER (Assistentin des Pressesprechers)
 Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektentwicklung)
 Sandra RIHA (Sekretariat)
 Mag. Carina RUMPOLD (Redakteurin)
 Claudia SEDLAK (Sekretariat)
 Beate WINKLER
 (Büroleitung, Finanz- u. Personaladministration)
 Volontär/in (Kommunikation & Medien)
 Rinore GASHI (Karenz)
 Blerda LOSHAJ (Karenz)
 Petra STOSSIER (Karenz)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsultanten zu Rat gezogen.
 Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über vorname.nachname@gemeindebund.gv.at erreichbar.

Kontakt:
 Österreichischer Gemeindebund
 Löwelstraße 6
 1010 Wien
 Tel.: (01) 512 14 80
 www.gemeindebund.at
 office@gemeindebund.gv.at

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel
 Mag. Daniela Fraiß (Büroleitung)
 Avenue de Cortenbergh 30
 Tel.: +32 2 - 28 20 680
 E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbilds des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.

2.100 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.089 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert. Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und

Gemeinden getroffen wird. Aber auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes. Oberstes Organ ist der Bundesvorstand der 64 Mitglieder hat und zumindest zwei Mal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht seit 1999 Präsident Helmut Mödlhammer. Die beiden

Vizepräsidenten Alfred Riedl und Rupert Dworak, sowie die Obmänner der anderen Landesverbände bilden das Präsidium. Zum Landesobmann können nur aktive Bürgermeister/innen gewählt werden.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt zwölf Mitarbeiter/innen ist die Struktur sehr schlank. Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Für weitere Information über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage www.gemeindebund.at



PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes (Stand Sommer 2016)

Präsidium



1. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag.
Alfred Riedl (NÖ-VP)



Präsident
Prof.
Helmut Mödlhammer (S)



2. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm.
Rupert Dworak (NÖ-SP)

Weitere Mitglieder im Präsidium

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)
Präs. LAbg. Bgm. Erich Trummer (B-SP)
Präs. Bgm. Peter Stauber (K)
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (OÖ)
Präs. Bgm. Günther Mitterer (S)
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme

Generalsekretär vortr. HR Dr. Walter Leiss
Bgm. Hanspeter Wagner (int. Vertreter)
Vbgm. Dr. Carmen Kiefer (int. Vertreterin)
NR GGR Hannes Weninger (int. Vertreter)
VPräs. Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)
Bgm. Mag. Pauline Sterrer (int. Vertreter)
Bgm. Simone Schmiedtbauer (int. Vertreter)



BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Mitglieder Burgenland

Präs. LAbg. Bgm. Erich Trummer
Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner
VPräs. BR Bgm. Inge Posch-Gruska

Mitglieder Kärnten

Präs. Bgm. Peter Stauber
VPräs. Bgm. Martin Gruber
VPräs. Bgm. Maximilian Linder
VPräs. LAbg. Bgm. Klaus Köchl
VPräs. Bgm. Josef Müller

Mitglieder Niederösterreich

Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Bgm. Andreas Babler
Bgm. Margit Göll
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
LGf. Dir. GemR Mag. Ewald Buschenreiter
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl
Bgm. Manfred Marihart
LAbg. Bgm. Josef Babler
Bgm. Kurt Jantschitsch
Bgm. Anette Töpfl
Bgm. Michaela Walla
Mag. Sabine Blecha
Bgm. Herbert Goldinger
LAbg. Bgm. Renate Gruber

Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
VPräs. Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
BR Ggm. Ewald Lindinger
Bgm. Wilfried Kellermann
Bgm. Andreas Stockinger
Bgm. Helmut Wallner
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Günther Mitterer
Bgm. Wolfgang Eder
Bgm. Gerd Brand
Bgm. Johann Warter
Prof. Helmut Mödlhammer

Mitglieder Steiermark

Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
VPräs. Bgm. Manfred Seebacher
VPräs. Bgm. Christoph Stark
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Johann Kaufmann
Bgm. Hans Straßegger
Bgm. Dir. Karl Pack
Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Ronald Schlager
Bgm. Johann Urschler
Bgm. Herbert Gugganig

Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Christian Härtnig
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
VPräs. Bgm. Franz Hauser
Bgm. Mag. Josef Mair
BR Bgm. Johann Schweigkofler
Bgm. Ing. Rudolf Puecher

Mitglieder Vorarlberg

Präs. Bgm. Harald Köhlmeier
VPräs. Bgm. Dipl.-Volkswirt Andrea Kaufmann
VPräs. Bgm. Werner Müller
Bgm. Mag. Harald Witwer



EHRENMITGLIEDER ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Ehrenpräsidenten

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder

Ehrenmitglieder des Präsidiums

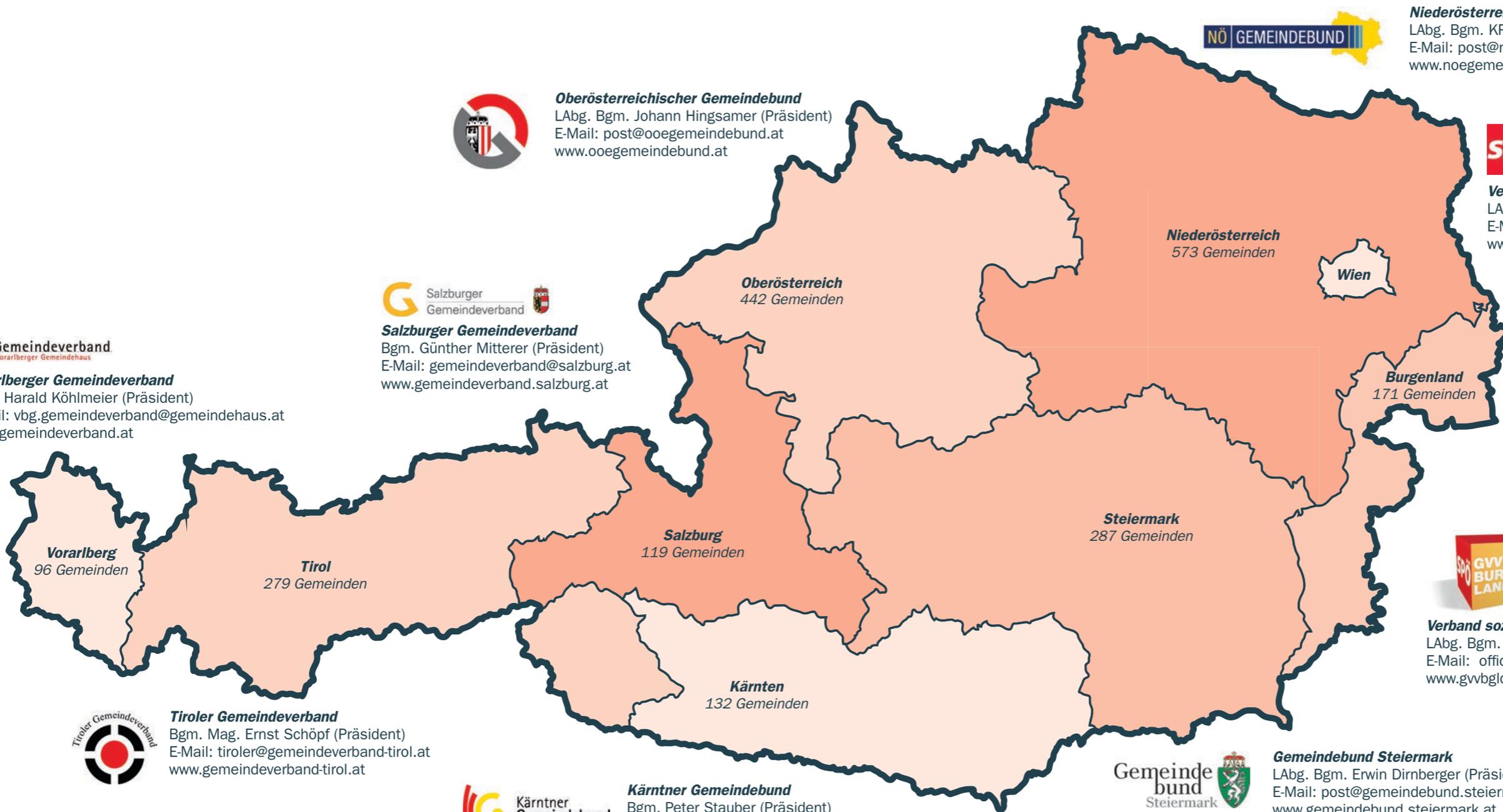
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink

Träger des Ehrenringes

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. Bgm. a.D. Rudolf Ostermann †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink

Ehrenmitglieder

Präs. a.D. Bgm Mag. Wilfried Berchtold
BR a.D. Bgm. a.D. Ludwig Bieringer
LTPräs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
Bgm. Valentin Andreas Happe
LR VPräs. a.D. Bgm. a.D. Fritz Knotzer
Präsident a.D. Bgm a.D. Anton Koczur †
LH a.D. Dr. Josef Krainer
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll
Dir. a.D. Helmut Lackner
Landesgeschäftsführer a.D. Dr. Helmut Ludwig
Bgm. a.D. Erwin Mohr
HR Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer
Bgm. a.D. Franz Ninaus
LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Walter Prior
Präs.a.D. Bgm a.D. Günther Pumberger
Präs. a.D. Bgm a.D. Michael Racz
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Dipl.-Volkswirt Hubert Rauch †
Bgm. a.D. Vinzenz Rauscher
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm a.D. Franz Rupp
Präs. a.D. Bgm. Ernst Schmid
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider
Bgm. a.D. Ökon.-Rat Hans Steiner
Präs. a.D. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. a.D. Bgm. a.D. Bernd Vögerle
Dir. a.D. Dr. Klaus Wenger



Gemeindeverband
Vorarlberger Gemeindehaus

Vorarlberger Gemeindeverband
Bgm. Harald Köhlmeier (Präsident)
E-Mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at
www.gemeindeverband.at

Salzburger Gemeindeverband
Bgm. Günther Mitterer (Präsident)
E-Mail: gemeindeverband@salzburg.at
www.gemeindeverband.salzburg.at

Tiroler Gemeindeverband
Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at
www.gemeindeverband-tirol.at

Kärntner Gemeindebund
Bgm. Peter Stauber (Präsident)
E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at
www.kaerntner-gemeindebund.at

Oberösterreichischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
E-Mail: post@ooegemeindebund.at
www.ooegemeindebund.at

NÖ GEMEINDEBUND

Niederösterreichischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. KR Mag. Alfred Riedl (Präsident)
E-Mail: post@noegemeindebund.at
www.noegemeindebund.at

SPÖ GVV NÖ

Verband sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ
LAbg. Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
E-Mail: office@gvnoe.at
www.gvnoe.at

Burgenländischer Gemeindebund

Burgenländischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at
www.gemeindebund-burgenland.at

SPÖ GVV BURGENLAND

Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland
LAbg. Bgm. Erich Trummer (Präsident)
E-Mail: office@gvbgld.at
www.gvbgld.at

Gemeindebund Steiermark
LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at
www.gemeindebund.steiermark.at

Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beziehen sich die gewählten neutralen Bezeichnungen, wie Bürger, Politiker etc., sowohl auf Männer als auch auf Frauen.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
ww.gemeinebund.at

Koordination und Redaktion: Daniel Kosak, Mag. Carina Rumpold, Sabrina Neubauer

Gestaltung: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Fotos: NÖ Gemeindebund/Felicitas Matern (Seite 2)
Gemeinebund/Carina Rumpold (Seite 10, 66, 74, 76, 92)
Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von den Gemeinden Silbertal, Kramsach, Rastenfeld, Altmünster, Eferding, Mayrhofen, Steinbach am Attersee, Mötztal (Seite 4, 6, 8, 16, 54, 56, 72)
Christina Pausackl (Seite 18 - 21)
Dem Österreichischen Gemeindebund zur Verfügung gestellt (Seite 22, 43)
Deutscher Städte- und Gemeindebund (Seite 24)
marco-riebler.com (Seite 35)
Liuza Puiu (Seite 52)
Shutterstock.com (Seite 40, 80, 81, 83 und Cover)
Alexander Louvet (Seite 58)
Matern (Seite 89)
Schuller (Seite 90)

Grafiken und Illustrationen: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Gemeindegrafik: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG (Seite 84 und 85)

Österreichgrafik: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien (Seite 94 und 95)



Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien • Löwelstraße 6
www.gemeindebund.at